

# AG Freiwirtschaft

---

**Markus Henning:**  
**„Die Freiwirtschaftsbewegung in  
der SBZ/DDR 1945-1955“**



Textsammlung zu Freiwirtschaft  
und libertärer Ökonomie

**Band IV**

---

Herausgegeben von Ulrike Henning-  
Hellmich und Markus Henning  
[www.ag-freiwirtschaft.de](http://www.ag-freiwirtschaft.de)

---



---

**Textsammlung zu  
Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie  
Herausgegeben von  
Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning  
Band IV**

---

---

---

---

**Markus Henning**

**Die Freiwirtschaftsbewegung  
in der SBZ/DDR 1945-1955**

---

**2022  
AG Freiwirtschaft**

---

---

Die Bände der *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie* erscheinen als kostenlose elektronische Bücher (eBooks) im PDF-Format. Im Text befinden sich farblich hervorgehobenen Hyperlinks, die per Mausklick zu externen Webseiten führen. Auf die *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie* und ihre einzelnen Bände kann gerne verlinkt werden. Eine Integration der PDF-Dateien der einzelnen Bände der *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie* zum Download von fremden Webseiten ist jedoch nicht gestattet. Denn gelegentlich gibt es Aktualisierungen und Korrekturen der Inhalte der einzelnen Bände. Deshalb möchten wir sicherstellen, dass unsere Leser:innen auch stets die aktuelle und korrekte Version der *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie* über unsere eigene Homepage ([www.ag-freiwirtschaft.de](http://www.ag-freiwirtschaft.de)) zum Download angeboten bekommen. Die Urheberrechte an den in dieser Textsammlung veröffentlichten Beiträgen liegen bei den Autor:innen.

## **IMPRESSUM**

**Markus Henning:**

**Die Freiwirtschaftsbewegung in der SBZ/DDR 1945-1955**

[Überarbeitete Fassung einer schriftlichen Hausarbeit zur Lehrveranstaltung „Epochen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, vorgelegt an der Fachhochschule für Wirtschaft im März 1999]

Abbildung auf der vorderen Umschlagseite: *Lisboa* #14, 2013

(Quelle: [Flickr](#), [Thomas Leuthard](#); Angaben zu [Lizenz](#))

**Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie,  
Band IV – Version: 1.0 (Februar 2022).**

Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft, Frankfurt am Main

Homepage: [www.ag-freiwirtschaft.de](http://www.ag-freiwirtschaft.de)

Anschrift der Herausgeber: [kontakt@ag-freiwirtschaft.de](mailto:kontakt@ag-freiwirtschaft.de)

---

---

## Inhalt

Einleitung .....	7
Die Fragestellung .....	7
Der Gang der Untersuchung .....	9
Die Quellenlage .....	10
1. Die Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges .....	12
1.1. Silvio Gesell und die Theorie der <i>Natürlichen Wirtschaftsordnung</i> .....	12
1.2. Die Grundströmungen der deutschen Freiwirtschaftsbewegung von ihren Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik.....	14
1.3. Die Zerschlagung der Freiwirtschaftsbewegung im Nationalsozialismus .....	16
2. Die gesellschaftspolitische Entwicklung in der SBZ/DDR während der Jahre 1945 bis 1955.....	18
2.1. Die Ausgangslage nach der militärischen Niederschlagung des NS-Regimes und die Besatzungspolitik der Sowjetunion .....	18
2.2. Der Aufbau stalinistischer Herrschaftsstrukturen in Staat und Justiz.....	20
2.3. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Strukturveränderungen: Der widersprüchliche Weg zur Planwirtschaft.....	25
3. Freiwirtschaftliche Interventionsversuche in der SBZ/DDR.....	34
3.1. Der Aufbau neuer Freiwirtschaftsorganisationen in den westlichen Besatzungszonen und ihre Ausstrahlung auf die SBZ...	34
3.1.1. Der „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ .....	35
3.1.2. Die „Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF)“ .....	37
3.1.3. <i>Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat:</i> Plädoyer für einen libertären Sozialismus .....	39

---

3.2. Freiwirtschaftliche Reorganisationsansätze in der SBZ .....	42
3.2.1 Der „Neue Bund – Freiheitlich-Soziale Vereinigung“ und die „Freiland-, Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft“ .....	42
3.2.2. Versuch der Einflussnahme auf die politischen Parteien der SBZ .....	46
4. Die Reaktion der kommunistischen Machthaber .....	48
4.1. Die Zerschlagung der ostdeutschen Freiwirtschaftsbewegung im Kontext der generellen Verfolgung politischer Opposition in der SBZ .....	48
4.2. Die im Frühjahr 1948 einsetzende Verhaftungswelle. Exemplarische persönliche Schicksale .....	49
4.2.1. Will Noebe .....	50
4.2.2. Susanne Große .....	51
4.2.3. Walter Michel .....	53
4.3. Das Ende der Freiwirtschaftsbewegung in der SBZ/DDR .....	53
5. Fazit und Ausblick .....	55
Abkürzungsverzeichnis .....	57
Literatur .....	58
Abbildungsverzeichnis .....	66

---

---

## Einleitung

### Die Fragestellung

„Nie wieder Sozialismus!“ – mit dieser Parole ging die „Allianz für Deutschland“ am 18. März 1990 als stärkste politische Gruppierung aus den ersten freien Volkskammerwahlen der DDR hervor.<sup>1</sup> Mit dem Votum für einen schnellstmöglichen Beitritt zur Bundesrepublik setzte der mehrheitliche Wählerwille eine politische Dynamik frei, die noch vor dem Vollzug der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 die Übernahme des bundesrepublikanischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems unumkehrbar machen sollte. Mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 wurde die D-Mark zum „Herold der Wiedervereinigung“<sup>2</sup>, in deren Verlauf der regierungsamtliche Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ und die Privatisierung von Produktivvermögen durch die „Treuhandanstalt“ auch den letzten Resten der maroden DDR-Wirtschaft den Garaus machten.

Wie in den übrigen Staaten des auseinanderfallenden Sowjet-Imperiums, stieß dieser Prozess auch in der ehemaligen DDR auf keinen relevanten gesellschaftlichen Widerstand. Dazu fehlte es selbst in der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung, die in Gestalt von Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen seit der ersten Hälfte der 1980er Jahre immer wieder Kristallisations-

---

<sup>1</sup> Bei einer Wahlbeteiligung von 93,38 % erreichte die „Allianz für Deutschland“, in der sich die Parteien CDU, „Deutsche Soziale Union“ und „Demokratischer Aufbruch“ zusammengeschlossen hatten, 48,1 % der Stimmen. Die SPD kam auf 21,8 % und die FDP auf 5,3 %. In der ersten Chance zur politisch-parlamentarischen Selbstbestimmung hatten sich somit über 75 % der Wähler:innen für eine Liquidierung ihres eigenen Staates ausgesprochen. Vgl. Thurich, Eckart (1991), S. 35.

<sup>2</sup> Weimer, Wolfram (1998), S. 376.

---

punkt DDR-interner Opposition gewesen war, an zukunftsorientierten Entwürfen einer Alternative zum westlichen Kapitalismus jenseits des gerade Bankrott gegangenen Modells staatlicher Zentralverwaltungswirtschaft.<sup>3</sup> Offensichtlich hatten vier Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft ausgereicht, um derartige Ansätze und Konzeptionen nahezu vollständiger Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Dem Einheitsrausch folgte allerdings schon bald eine allgemeine Ernüchterung, die sich angesichts der brutalen Realität kapitalistischer Vergesellschaftung gerade in den Neuen Bundesländern sehr schnell zum allgemeinen Krisenkater auswuchs.<sup>4</sup> Dessen sozialstrukturelle Ursachen bestehen bis heute fort und führen mehr denn je zu eskalierender Ungleichheit, zur Spaltung von Arm und Reich, zum Raubbau an Mensch und Natur. Es wird immer spürbarer, dass unsere Lebensweise einer destruktiven Dynamik folgt.

Das stellt eine Frage von entscheidender Tragweite auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung: Wie muss ein Wirtschaftsmodell beschaffen sein, das zum einen rentabel und damit dynamisch ist, zum anderen aber den Kriterien sozialer Gerechtigkeit, individueller Freiheit und den Maßstäben ökologischer Nachhaltigkeit genügt?

Die Suche nach einer dergestalt zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung wird nicht um die ernsthafte Auseinandersetzung mit marktwirtschaftlichen Sozialismuskonzepten herumkommen.

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: König, Martin (1996).

<sup>4</sup> „Vom Einheitsrausch zum Krisenkater“ – so betitelt Wolfram Weimer in seiner *Deutschen Wirtschaftsgeschichte* das Kapitel über die Jahre 1991–1993 (Weimer, Wolfram [1998], S. 391). Vgl. hierzu auch: Rösler, Jörg (1993a).

---

---

Einen vielleicht nicht unerheblichen Beitrag kann dabei die Rückbesinnung auf das Wirken und die letztendliche Zerschlagung der Freiwirtschaftsbewegung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) während der ersten Nachkriegsjahre leisten. Dabei handelt es sich nicht nur um die Freilegung historisch verschütteter Wurzeln eines zwar sozialistischen, aber nicht planwirtschaftlichen „Dritten Weges“. Auch der im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs zu oft außer Acht gelassene Bedingungs-zusammenhang zwischen der politischen Verfasstheit und den ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaft rückt in diesem Zusammenhang exemplarisch ins Zentrum des analytischen Interesses.

## Der Gang der Untersuchung

Auch im sozial-ökologisch interessierten Publikum steht eine tiefergehende Kenntnisnahme der Freiwirtschaftsbewegung und der von ihr angestrebten Strukturreformen immer noch aus. Mit einem Blick auf den theoretischen Begründer der Freiwirtschaftslehre, den deutsch-argentinischen Geld- und Bodenreformer Silvio Gesell (1862-1930), soll unsere Untersuchung daher beginnen: Wir schauen auf die von Gesell entworfene Theorie einer *Natürlichen Wirtschaftsordnung (NWO)*<sup>5</sup> und auf die darauf fußende Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland von ihren Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Um dem prozesshaften Charakter der uns interessierenden Ereignisse nahe zu kommen, widmen wir uns in einem nächsten Schritt den macht- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in

---

<sup>5</sup> *Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* – so lautete der Titel von Gesells erstmals 1916 erschienenem Hauptwerk. Vgl. Gesell, Silvio (1920/1991).

---

der SBZ und frühen DDR, um sie sodann mit den freiwirtschaftlichen Interventionsversuchen jener Zeit zu konfrontieren.

Als Reaktion auf diese Aktivitäten haben wir schließlich die Verfolgung und Zerschlagung der Freiwirtschaftsbewegung durch die neuen Machthaber in Ostdeutschland zu thematisieren.

Unsere Untersuchung ist im Wesentlichen auf die Jahre 1945 bis 1955 beschränkt. Dies war der Zeitraum, in dem unter Ägide der sowjetischen Besatzungsmacht die wesentlichen Weichenstellungen für die spätere Entwicklung der DDR und die entscheidenden Schläge gegen politische Fundamentalopposition erfolgten. Am 21. Januar 1955 erklärte die UdSSR den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.<sup>6</sup> Im Laufe desselben Jahres übergaben die sowjetischen Militärtribunale ihre Jurisdiktion gegen „gegnerische Elemente“, der auch viele Freiwirtschaftler:innen zum Opfer gefallen waren, an die DDR-Behörden.<sup>7</sup>

## **Die Quellenlage**

Wirtschafts- und Herrschaftsgeschichte der SBZ/DDR haben seit der Wende vom Herbst 1989 eine relativ ausführliche Aufarbeitung erfahren.

Der Rekonstruktion freiwirtschaftlicher Aktivitäten in der Vor- bzw. Frühphase der DDR sind aufgrund der insgesamt eher dürftigen Quellenlage allerdings immer noch recht enge Grenzen gesetzt. Berichte aus unmittelbarer Zeitzeugenschaft

---

<sup>6</sup> Vgl. Chronik 1945-1984 (1985), S. 1569.

<sup>7</sup> Vgl. Fricke, Karl Wilhelm (1990), S. 100.

---

---

und Forschungen aus dem Umfeld der heutigen Freiwirtschaftsbewegung haben diese Grenzen ausgeleuchtet und damit unseren historischen Horizont deutlich erweitert.<sup>8</sup>

Gleichwohl kann es sich bei der Darstellung von Lebensschicksalen politisch verfolgter Freiwirtschaftler:innen in der SBZ/DDR nur um einzelne Schlaglichter handeln, die jedoch als durchaus repräsentativ für den Umgang des stalinistischen Machtapparates mit libertär sozialistischer Opposition gelten können.



*Silvio Gesell (1862-1930), der Begründer der  
Freiwirtschaftslehre. Aufnahme aus dem Jahr 1895;  
Quelle: [Wikimedia](#)*

---

<sup>8</sup> Vgl. Kleine, Hannelore [d.i. Große, Susanne] (o.J. [ca. 1957 oder 1958]); Noebe, Will (1959); Bartsch, Günter (1994); Onken, Werner (1997); Otto, Georg (2008); Henning, Markus (2011); Löhr, Dirk / Gude, Jörg / Onken, Werner (2021).

---

## **1. Die Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges**

### **1.1. Silvio Gesell und die Theorie der *Natürlichen Wirtschaftsordnung***

Das den freiwirtschaftlichen Bestrebungen zugrundeliegende Modell einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft wurzelt in der von Silvio Gesell ausformulierten Theorie einer *Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*. So der Titel seines erstmals 1916 erschienenen Hauptwerkes<sup>9</sup>, in dem Gesell in systematischer und theoretisch begründeter Form das von ihm entwickelte Konzept einer umfassenden Geld- und Bodenreform darlegte.

Kritisch an die Eigentums- und Geldtheorie des anarchistischen Nationalökonomens Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) anknüpfend und gleichzeitig die Vorstellungen der Bodenreformer um Theodor Hertzka (1845–1924), Henry George (1839–1897) und Michael Flürscheim (1844–1912) weiterentwickelnd,<sup>10</sup> zielte Gesell auf die Überwindung der beiden von ihm ausgemachten Grundbastionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems – den Zins und die Grundrente:

Mit Einführung eines durch periodischen Wertverlust unter Umlaufzwang gesetzten und effektiv mengengesteuerten „Freigeldes“ sollte das menschliche Wirtschaften befreit werden aus dem Würgegriff eines dysfunktionalen, allein von den verselbständigten Zwängen zinsmäßiger Verwertung beherrschten Geldsystems. Parallel dazu forderte Gesell eine Rückführung der Bodenschätze und natürlichen Ressourcen in

---

<sup>9</sup> Vgl. Gesell, Silvio (1920/1991).

<sup>10</sup> Vgl. Senft, Gerhard (1990), S. 71-85.

---

---

die Hände der Allgemeinheit. Das notgedrungen monopolistische Privateigentum am nicht vermehrbaren Naturgut Grund und Boden sollte durch Sozialisierung in „Freiland“ überführt werden. Parzellen könnten zur individuellen oder kollektiven Nutzung verpachtet werden, der Pächtertrag würde dann der Allgemeinheit zugutekommen. Gesell sah hierfür eine Ausschüttung zu gleichen Teilen an die Mütter vor, um deren ökonomische Unabhängigkeit – auch von den Männern – sicherzustellen.<sup>11</sup>

In der Verwirklichung dieses Reformkonzeptes sah Gesell die Voraussetzung für ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem ohne kapitalistisch-staatssozialistische Abhängigkeitsverhältnisse, ohne Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, soziales Elend und ohne Raubbau an Mensch und Natur. Mit der freiwirtschaftlichen Herstellung ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit, gleicher Ausgangsbedingungen für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und einer strukturellen Offenheit für vielfältige Formen freiwilliger wirtschaftlicher Zusammenschlüsse verfolgte Gesell ein weitgehendes emanzipatorisches Ziel. Damit verbunden war ein radikaler Begriff individueller und sozialer Emanzipation, mit dem er sich nicht nur in ökonomietheoretischer, sondern auch in politischer Hinsicht deutlich vom Marxismus absetzte. Ganz folgerichtig ordnete Gesell selbst das von ihm vertretene Projekt in seinem letzten großen Buch, *Der abgebaute Staat* (1927), ausdrücklich einer anarchistischen Traditionslinie ein.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. Wolf, Siegbert (1995), S. 6-23.

<sup>12</sup> Vgl. Gesell, Silvio (1927/1995), S. 254 f. Zum Verhältnis von Anarchismus und Freiwirtschaft vgl. Henning, Markus (2022).

---

## **1.2. Die Grundströmungen der deutschen Freiwirtschaftsbewegung von ihren Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik**

Mit seinem Brückenschlag zum libertären Sozialismus ergriff Gesell gegen Ende seines publizistischen Wirkens noch einmal ganz entschieden Partei im Kampf der unterschiedlichen Lager, in welche sich die Freiwirtschaftsbewegung von Anfang an aufgespalten hatte.<sup>13</sup> Schon in den ersten Organisationsgründungen der Jahre 1913 und 1915 manifestierten sich nicht nur taktisch-politische Differenzen, sondern auch ganz grundsätzliche Konflikte über die weltanschaulichen, kulturevolutionären und gesellschaftspolitischen Implikationen des „gemeinsamen“ wirtschaftlichen Ideals.

Die sich selbst als „Freiwirte“ bezeichnenden Vertreter einer politisch zunächst mehr oder weniger neutralen, später auch auf parlamentarische Aktivität ausgerichteten Linie versuchten, ihre „rein wirtschaftlichen“ Ideen über Wissenschaft, Aufklärung und Propaganda vorwiegend in den Kreisen des Mittelstandes, aber auch unter sozialistischen und demokratischen Parteien, in Gewerkschaften, Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern zu verbreiten.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Eine summarische Darstellung der organisatorischen Hauptströmungen kann sich zumindest für die ersten Jahrzehnte ihrer Entwicklung auf Deutschland beschränken, welches in dieser Zeit das Hauptfeld der Freiwirtschaftsbewegung war. Von hier aus breitete sie sich prototypisch und musterbildend auch auf andere Länder aus, insbesondere auf die Schweiz und Österreich. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 16 u. S. 87-92.

<sup>14</sup> Zu den wichtigsten Organisationen dieser Richtung gehörten der 1915 in Berlin gegründete „Freiland-Freigeld-Bund“, der 1921 als Einheitsorganisation konstituierte „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ sowie die 1929 ins Leben gerufene „Volkspartei der Mitte“, die 1931 in der „Freiwirtschaftlichen Partei Deutschlands. Partei für krisenfreie Volkswirtschaft“ aufging. Vgl. Winkler, Ernst (1980), S. 16-21; Bartsch, Günter (1994), S. 37-50.

---

Im Gegensatz dazu vertrat die „physiokratische“ Strömung einen auf proletarische Selbstorganisation ausgerichteten Antiparlamentarismus.<sup>15</sup> In ihrer neu entwickelten „revolutionären Taktik“ vermengten sich in widersprüchlicher Weise anarchistische Aktionsformen, wie Direkte Aktion, „Geld-“ und Generalstreik, mit marxistisch-leninistischen Konzepten einer vorübergehenden Diktatur zwecks gewaltsamer Einführung oder staatlicher Verordnung der Freiwirtschaft.<sup>16</sup> Insbesondere mit der praktischen Organisation währungspolitischer Experimente und bodenreformerischer Freilandversuche konnten die „Physiokraten“ sich kurzfristig ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.<sup>17</sup>

Auf heftigste Gegenwehr stieß ihr emanzipatorischer Impetus bei der national-völkischen Richtung, die sich als dritte Linie innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung ebenfalls schon ab 1915 herauskristallisierte.<sup>18</sup> In vollständiger Revision der in Liberalität, Humanismus und Weltbürgertum wurzelnden Anschauungen

---

<sup>15</sup> Wichtigste Organisationen waren die 1913 in Berlin und Hamburg entstandene „Physiokratische Vereinigung“ sowie der 1924 gegründete „Fisiokratische Kampfbund (FKB)“. Vgl. Winkler, Ernst (1980), S. 16-23; Bartsch, Günter (1994), S. 50-58.

<sup>16</sup> Die kurios anmutende Verbindungslinie „Marx – Lenin – Gesell“ wurde innerhalb des „Fisiokratischen Kampfbundes (FKB)“ ab 1926 vom sog. „Proletarischen Block“ verfochten. Ihm gegenüber standen die dem FKB assoziierten und am Individualanarchismus ausgerichteten „Fregosten (Freie Egoisten)“. Ihr Credo war bereits 1921 von Rolf Engert (1889-1962) in einer Broschüre niedergelegt worden, die den programmatischen Titel trug: *Die Freiwirtschaft. Ein praktischer Ausdruck der Stirnerschen Philosophie* (Engert Rolf [1998]). Vgl. hierzu: Bartsch, Günter (1992), S. 33-77; Henning, Markus (2022a).

<sup>17</sup> In dieser Hinsicht am wirksamsten war wohl das 1929 von der „Wära-Tauschgesellschaft“ initiierte Freigeldexperiment, dem sich in ganz Deutschland zahlreiche Einzelpersonen, Betriebe und Stadtverwaltungen anschlossen, und das erst 1931 durch eine Notverordnung der Regierung Brüning zwangsweise beendet wurde. Vgl. Senft, Gerhard (1990), S. 200-211; Onken, Werner (1997a).

<sup>18</sup> Ihre wichtigsten Organisationen waren der 1915 gegründete „Bund für Freiwirtschaft“ und der „Deutsche Bund für krisenlose Volkswirtschaft e.V.“ (1929); vgl. Winkler, Ernst (1980), S. 18; Bartsch, Günter (1994), S. 58-69.

---

Gesells verbanden sich hierbei Versatzstücke der freiwirtschaftlichen Theorie mit antisemitisch-chauvinistischen, autoritär-staatsvergottenden Komponenten, welche die Anhänger dieser Richtung zunehmend in die Arme der erstarkenden NSDAP trieben. Gesell selber lehnte jede Zusammenarbeit mit derartigen Strömungen entschieden ab.<sup>19</sup>

Die Freiwirtschaftsbewegung insgesamt erhielt ihren stärksten personellen Zulauf in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Eine erste Steigerung der Anzahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten konnte sie unmittelbar nach der Novemberrevolution 1918/1919 verzeichnen, in deren Verlauf Gesell vom 7. bis 14. April 1919 als Volksbeauftragter für Finanzen in der ersten, anarchistisch dominierten Räteregierung Bayerns tätig gewesen war. Begünstigt durch die Nachkriegsinflation erreichte sie ihren Höhepunkt als soziale Bewegung im Frühjahr 1921. Zu diesem Zeitpunkt gab es etwa 94 freiwirtschaftliche Ortsgruppen in ganz Deutschland, die insgesamt mehrere 10.000 Menschen umfasst haben dürften.<sup>20</sup>

### **1.3. Die Zerschlagung der Freiwirtschaftsbewegung im Nationalsozialismus**

Nachdem die Freiwirtschaftsbewegung über ein knappes Jahrzehnt hinweg ihren öffentlichen Einfluss mehr oder weniger hatte konsolidieren können, setzte gegen Ende der 1920er Jahre ein rapider Niedergang ein<sup>21</sup>, der sie schließlich außer-

---

<sup>19</sup> Vgl. Senft, Gerhard (1990), S. 162; Bartsch, Günter (1994), S. 65; Onken, Werner (1995).

<sup>20</sup> Vgl. Senft, Gerhard (1990), S. 179.

<sup>21</sup> Diese Entwicklung lässt sich auch aus den zunehmenden Misserfolgen ihrer parteipolitisch orientierten Fraktion ablesen. Hatte der „Freiwirtschaftsbund

---

stande setzte, der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft von sich aus ein wirkliches Hindernis in den Weg zu stellen.

Die eigene Schwäche und organisatorische Zersplitterung beförderten im Gegenteil auch in den nicht-völkischen Hauptströmungen der Freiwirtschaftsbewegung zunächst opportunistische Tendenzen mit der Zielsetzung, den nationalsozialistischen Machthabern gegenüber die Rolle einer „währungstheoretische[n] Pressure-group“<sup>22</sup> einzunehmen.<sup>23</sup>

Das politisch naive und von erheblichem Mangel an freiheitlich-humanistischer Ethik zeugende Unterfangen, auf diese Weise auch in den neuen Machtstrukturen für die eigenen wirtschaftlichen Ziele zu wirken, erwies sich politisch sehr bald als selbstmörderisch. Bereits im Frühjahr 1934 waren auch die letzten freiwirtschaftlichen Organisationen und Publikationsorgane verboten worden<sup>24</sup> und eine Ansetzung der Gestapo auf diejenigen Gesellianer erfolgt, die weder zur Anpassung noch zum Schweigen bereit waren und sich aktiv am humanistischen, sozialistisch-kommunistischen oder kirchlichen Widerstand gegen das NS-Regime beteiligten.<sup>25</sup>

---

(FWB)“ bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 noch 90.000 Stimmen erhalten, so konnte die „Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (FPD)“ bei den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 nur noch 14.000 bzw. 11.000 Stimmen auf sich vereinigen. Vgl. Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997), S. 8.

<sup>22</sup> Markus Schärfer, zit. in: Senft, Gerhard (1990), S. 210.

<sup>23</sup> Vgl. Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997), S. 12-14.

<sup>24</sup> Eine unrühmlich-umstrittene Ausnahme bildete die Zeitschrift *Schule der Freiheit*, die von Otto Lautenbach (1903-1954) bis 1943 herausgegeben wurde. Die hierin stattfindende Anbiederung an den nationalsozialistischen Ungeist trug ihr von standhaften Freiwirtschaftlern den verächtlichen Namen „Schule der Feigheit“ ein (Rudolf Zitzmann, zit. in: Onken, Werner / Bartsch, Günter [1997], S. 27). Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 111-120.

<sup>25</sup> Vgl. Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997), S. 16-19 u. S. 27-38.

---

## **2. Die gesellschaftspolitische Entwicklung in der SBZ/DDR während der Jahre 1945 bis 1955**

### **2.1. Die Ausgangslage nach der militärischen Niederschlagung des NS-Regimes und die Besatzungspolitik der Sowjetunion**

Die vollständige Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedeutete zugleich, dass die Herrschaft über das Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches auf die vier Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich übertragen wurde. Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten mit ihrer „Juni“-Deklaration offiziell die oberste Regierungsgewalt. Als höchstes Machtorgan für ganz Deutschland konstituierte sich der Alliierte Kontrollrat aus den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen mit Sitz in Berlin.<sup>26</sup> Daneben besaßen jedoch die einzelnen Befehlshaber in ihren Zonen die Entscheidungshoheit mit der Befugnis, eigenständige Befehle und Gesetze zu erlassen. Auf dieser Grundlage vollzog sich die unterschiedliche Entwicklung zwischen der SBZ und den drei Westzonen.<sup>27</sup>

Während des Krieges hatte die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik mehrfach modifiziert.<sup>28</sup> Nach der deutschen Kapitulation erforderten ihre aktuellen Interessen allerdings die

---

<sup>26</sup> Der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen entsprach die gemeinsame Verwaltung der früheren Reichshauptstadt Berlin durch die Siegermächte. Die Stadt wurde in vier Sektoren aufgeteilt, die Regierungsgewalt lag hier bei der Alliierten Stadtkommandantur. Vgl. Hoffmann, Dierk / Schmidt, Karl-Heinz / Skyba, Peter (Hrsg.) (1993), S. 17 f.

<sup>27</sup> Vgl. Weber, Herrmann (1993), S. 5.

<sup>28</sup> Bei den Konferenzen mit den USA und Großbritannien in Teheran (November 1943) und Jalta (Februar 1945) hatte Josef Wissarionowitsch Stalin (1878-1953)

---

Favorisierung einer gesamtdeutschen Lösung: Nach den schweren Kriegsverlusten benötigte sie Ruhe für den Wiederaufbau und für diesen wiederum war sie dringend auf Reparationen angewiesen, die sie sich vor allem aus dem Westen Deutschlands, insbesondere aus dem Ruhrgebiet, erhoffte. Daher war die sowjetische Führung zunächst bestrebt, jeden Anschein einer Übertragung des eigenen Gesellschaftsmodells auf Osteuropa und erst recht auf das gemeinsam mit den Westalliierten verwaltete Deutschland zu vermeiden.<sup>29</sup>

Dessen ungeachtet blieb die Erweiterung des eigenen Machtbereiches und internationalen Gewichtes ebenso als „Fernziel“ bestehen wie der Aufbau eines Sowjetsystems in Deutschland.<sup>30</sup>

Im Ergebnis dieses grundsätzlichen Zielkonfliktes trat die Sowjetunion auf der „Potsdamer Konferenz“ (17.7.-2.8.1945) gemeinsam mit den USA und Großbritannien nachdrücklich für eine einheitlich demokratische und wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland ein<sup>31</sup>, während sie gleichzeitig in ihrer eigenen Besatzungszone schon Strukturreformen eingeleitet hatte, die Grundlage für ein kommunistisches Herrschafts- und Gesellschaftssystem sein konnten: Sei es nun für eine gesamtdeutsche Perspektive oder für eine auf die SBZ begrenzte Variante.

Auf der anderen Seite führte die Sowjetisierung der SBZ wie des gesamten Besatzungsgebietes der Sowjetunion in Osteuropa im Laufe des Jahres 1947 zu einem grundsätzlichen Wandel der westalliierten Deutschlandpolitik.

---

zwischen Teilungsplänen und harten Friedensbedingungen für ein einheitliches Deutschland geschwankt. Vgl. Thurich, Eckart (1991a), S. 7 f.

<sup>29</sup> Vgl. Staritz, Dietrich (1996), S. 16.

<sup>30</sup> Denn nur so könnten „Faschismus und Militarismus“ – nach der Theorie des Marxismus-Leninismus ja notwendige Folgen des Kapitalismus – endgültig ausgerottet werden. Vgl. Weber, Herrmann (1993), S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. Thurich, Eckart (1991a), S. 8-12.

---

Hatten die USA zunächst auf Kooperation mit der UdSSR gesetzt<sup>32</sup>, so brachte die Gründung der Bizone (Zusammenschluss der britischen und amerikanischen Besatzungszone) und das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1947 die endgültige Wende zur Teilung Deutschlands: Gemeinsam mit Engländern und Franzosen setzten die USA die Bildung eines kapitalistisch-marktwirtschaftlichen und parlamentarisch-demokratischen Weststaates durch, die UdSSR ihrerseits die Bildung eines kommunistisch gelenkten Oststaates.<sup>33</sup>

Endgültig brach die Koalition der Siegermächte im Frühjahr 1948 auseinander, als die Sowjetunion ihre Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurückzog.<sup>34</sup>

## **2.2. Der Aufbau stalinistischer Herrschaftsstrukturen in Staat und Justiz**

Als oberste Herrschaftsinstanz in der SBZ hatte sich am 9. Juni 1945 die „Sowjetische Militäradministration (SMAD)“ mit Sitz in Berlin-Karlshorst konstituiert. Mit ihrer Hilfe kontrollierte die Sowjetunion nicht nur die Reparationsleistungen ihres Besatzungsgebietes, sondern dirigierte auch den Neuaufbau von Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Politik.<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Unter anderem hatten die Armeen der USA und Großbritanniens gemäß dem mit der UdSSR vereinbarten „Londoner Protokoll“ vom September 1944 weite Teile der späteren DDR geräumt. Vgl. Richter, Michael (1991), S. 8.

<sup>33</sup> Vgl. Ebd.

<sup>34</sup> Vgl. Hoffmann, Dierk / Schmidt, Karl-Heinz / Skyba, Peter (Hrsg.) (1993), S. 17.

<sup>35</sup> Vgl. Weber, Herrmann (1993), S. 5. Nach Gründung der DDR wurde die SMAD am 10.10.1950 aufgelöst. An ihre Stelle trat die „Sowjetische Kontrollkommission (SKK)“. Damit wurden alle Verwaltungsfunktionen auf die Provisorische Regierung der DDR übertragen. Vgl. Chronik 1945-1984 (1985), S. 1565.

---

Der Führung der deutschen Kommunisten kam dabei die Rolle des abhängigen Erfüllungsgehilfen zu.<sup>36</sup>

Gemäß der von Walter Ulbricht ausgegebenen Devise – „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“<sup>37</sup> – wurde ab Sommer 1945 sowohl in den zivilen Verwaltungsstrukturen als auch im neuen Parteien- und Verbändesystem der SBZ über den systematischen Ausbau kommunistischer Dominanz der bestimmende Einfluss der Besatzungsmacht zementiert. Im Ergebnis erhielten Kommunisten erstmals in Deutschland führende Positionen auf allen Verwaltungsebenen<sup>38</sup> und bestimmenden Einfluss auf den Kurs sämtlicher politischer Parteien und „Massenorganisationen“.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Bereits am 30. April 1945 waren drei Gruppen emigrierter deutscher Kommunisten aus der Sowjetunion nach Berlin, nach Sachsen und nach Mecklenburg eingeflogen worden. Unter der Führung von Walter Ulbricht (1893-1973), Anton Ackermann (1905-1973) und Gustav Sobottka (1886-1953) sollten sie die Sowjetarmee beim Neuaufbau unterstützen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand neben der Aufnahme von Kontakten zu Gegnern des NS-Regimes zunächst vor allem der Aufbau deutscher Zivilverwaltungen auf lokaler Ebene. Vgl. Keiderling, Gerhard (Hrsg.) (1993), S. 39-57.

<sup>37</sup> Walter Ulbricht, zit. in: Ebd., S. 53.

<sup>38</sup> Beispielhaft für das Vorgehen auch in anderen Städten war der Verwaltungsaufbau in Berlin. Noch bevor die USA und Großbritannien (Anfang Juli 1945) bzw. Frankreich (12. August 1945) in die Stadt eingezogen waren, hatte der sowjetische Stadtkommandant Nikolai Erastowitsch Bersarin (1904-1945) nach intensiven Vorbereitungen der „Gruppe Ulbricht“ am 14. Mai 1945 den Magistrat für Groß-Berlin unter dem parteilosen Oberbürgermeister Arthur Werner (1877-1967) eingesetzt. Von dessen 16 Mitgliedern bekamen die acht Kommunisten Schlüsselstellungen übertragen. Nach demselben Muster vollzog sich ab Juli 1945 der Aufbau auch der Landesverwaltungen für die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Vgl. Richter, Michael (1991), S. 4; Keiderling, Gerhard (Hrsg.) (1993), S. 57-68.

<sup>39</sup> Mit ihrem „Befehl Nr. 2“ vom 10. Juni 1945 hatte die SMAD die Neugründung von Parteien und Gewerkschaften erlaubt, deren Zulassung und Betätigung aber ausdrücklich ihrer Kontrolle unterstellt. Bereits einen Tag später wurde die KPD als erste Partei in der SBZ wieder zugelassen, in den nächsten Wochen folgten SPD, CDU und LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), 1948 schließlich noch die NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) und die DBD

Die im April 1946 aus der zwangsweisen Verschmelzung von SPD und KPD hervorgegangene „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)“ wurde 1948 auch offiziell in eine stalinistische „Partei neuen Typus“ umgewandelt und damit auf die allmähliche Übernahme der Macht von den Besatzungsbehörden vorbereitet.<sup>40</sup>

Vollendet wurde die Entwicklung zur kommunistischen Einparteienherrschaft gemäß sowjetischem Vorbild nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Oktober 1949: Bei völliger Ausschaltung auch der innerparteilichen Demokratie lag die gesellschaftliche und politische Entscheidungsgewalt fortan allein in den Händen der SED-Spitze, die mit Hilfe ihres hierarchisch gegliederten Apparates die DDR regierte. Volksvertretungen auf allen Ebenen übten lediglich Scheinfunktionen aus, es existierten weder Meinungsfreiheit noch politische Freiheiten. Da jede Opposition verfolgt

---

(Demokratische Bauernpartei Deutschlands). Nach kommunistischem Kalkül hatte dieses „sozialistische Mehrparteiensystems“ vor allem eine Alibifunktion (Vortäuschung einer pluralistischen Demokratie), einen gesamtdeutschen Auftrag (Kontakte der anderen Parteien nach Westen) und eine Transmissionsfunktion (Verbreitung kommunistischer Vorstellungen in anderen Bevölkerungsgruppen, z.B. durch die CDU in christlichen Kreisen). Dem diente die Zwangsmitgliedschaft in der kommunistisch gelenkten „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ ebenso wie der direkte staatliche Terror gegen oppositionelle Strömungen in den anderen Parteien, der insbesondere nach Gründung der DDR im Oktober 1949 einsetzte. Spätestens seit Anfang der 1950er Jahre waren somit alle politischen Parteien auf SED-Kurs gebracht, ebenso wie die in vollständiger Abhängigkeit gehaltenen sog. „Massenorganisationen“ (z.B. der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund [FDGB]“, die „Freie Deutsche Jugend [FDJ]“ oder der „Demokratische Frauenverband Deutschlands“). Vgl. Deuerlein, Ernst (Hrsg.) (1972), S. 47 f.; Richter, Michael (1991a), S. 10 f.; Hoffmann, Dierk / Schmidt, Karl-Heinz / Skyba, Peter (Hrsg.) (1993), S. 19-22; Weber, Herrmann (1993), S. 33.

<sup>40</sup> Vgl. Ludz, Peter Christian / Ludz, Ursula (1985), S. 1163-1167.

---

wurde, bestand Rechtsunsicherheit, die bis zur Willkürherrschaft reichte.<sup>41</sup>

Das vorrangige Ziel des Justizapparates der SBZ, in dem zunächst allein die Besatzungsmacht bestimmte, war seit Kriegsende die systematische Ausschaltung jeglichen Widerstandes gegen die unter dem Titel „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ betriebene Neustrukturierung von Staat und Gesellschaft. Diesem Zweck dienten das von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD/MWD<sup>42</sup> bis 1950 auf deutschem Boden betriebene System von „Speziallagern“<sup>43</sup>, die bis 1955 ausgeübte Jurisdiktion der Sowjetischen Militärtribunale gegen deutsche Staatsangehörige<sup>44</sup> und schließlich auch die Radikalisierung politischer Strafjustiz deutscher Gerichte, die mit der Justizreform von 1946 eingeleitet worden war.<sup>45</sup> Im exekutiven Bereich wurde

---

<sup>41</sup> Vgl. Weber, Herrmann (1993), S. 29.

<sup>42</sup> Das NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) wurde 1946 in MWD (Ministerium für innere Angelegenheiten) umbenannt. Vgl. Kilian, Achim (1993), S. 1142.

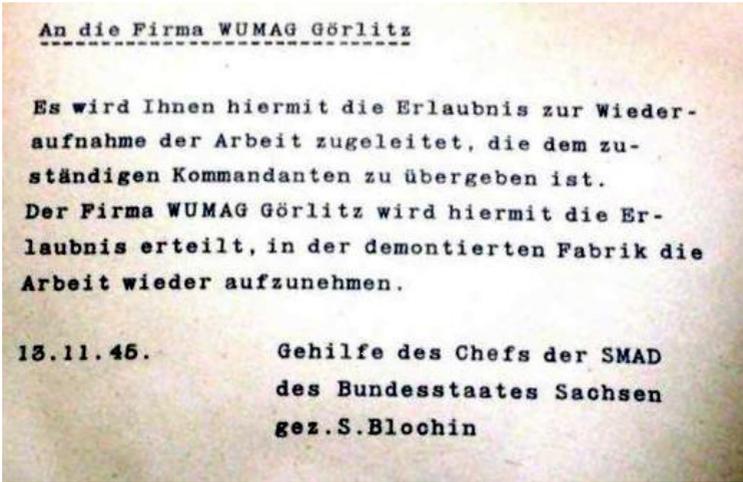
<sup>43</sup> Neben der als „Entnazifizierung“ verstandenen Internierung ehemaliger Nationalsozialisten und Wehrmachtsangehöriger erstreckte sich deren Zweck ausdrücklich auch auf die Isolierung tatsächlicher oder vermeintlicher „Klassenfeinde“. In diesen Lagern wurden insgesamt etwa 150.000 deutsche Gefangene festgehalten, von denen ca. 25.000 bis 30.000 in Zwangsarbeitslager der Sowjetunion deportiert wurden und etwa 70.000 ums Leben gekommen sein sollen. Neben NS-Verbrechern befanden sich darunter eine Vielzahl denunzierter und willkürlich verhafteter Unschuldiger, Oppositionelle aller Strömungen, ab 1946 auch in Ungnade gefallene Kommunisten. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm (1990), S. 69-95; Kilian, Achim (1993); Weber, Herrmann (1993), S. 10 f.

<sup>44</sup> Vgl. Fricke, Karl Wilhelm (1990), S. 100-154; Helwig, Gisela (1995).

<sup>45</sup> Die Reform von 1946 führte in der SBZ zu einer stärkeren Zentralisierung des Justizapparates und zu einer Ersetzung von über 85 % der Richter und Staatsanwälte – frühere Mitglieder der NSDAP – durch kurzfristig ausgebildete „Volksrichter“, die den Kommunisten eine ergebene und erklärtermaßen „parteiische“ Rechtsprechung sicherten. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm (1990), S. 35-38; Weber, Herrmann (1993), S. 11.

---

der politische Druck und Terror seit Februar 1950 vom „Ministerium für Staatssicherheit (MfS)“ abgesichert, das als selbständiger Apparat allein dem Politbüro der SED unterstand und mit einem weitverzweigten Netz von Agenten schon bald das gesamte öffentliche Leben in der DDR durchsetzt hatte.<sup>46</sup>



An die Firma WUMAG Görlitz

Es wird Ihnen hiermit die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit zugeleitet, die dem zuständigen Kommandanten zu übergeben ist.

Der Firma WUMAG Görlitz wird hiermit die Erlaubnis erteilt, in der demontierten Fabrik die Arbeit wieder aufzunehmen.

18.11.45.                      **Gehilfe des Chefs der SMAD  
des Bundesstaates Sachsen  
gez. S. Blochin**

*Genehmigung der „Sowjetischen Militäradministration (SMAD)“  
über die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes  
für die Firma WUMAG in Görlitz, 18.11.1945;  
Quelle: Maschinenbau Görlitz, Firmenchronik / [Wikimedia](#)*

---

<sup>46</sup> Einen Höhepunkt erreichte der politische Terror zweifellos nach Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953, in deren Verlauf 20 Personen von der Sowjetarmee standrechtlich erschossen und mehr als 6.000 „Rädelsführer“ inhaftiert wurden. Vgl. Degen, Hans-Jürgen (1988); Hoffmann, Dierk / Schmidt, Karl Heinz / Skyba, Peter (Hrsg.) (1993), S. 55 f. u. S. 149-231; Weber, Herrmann (1993), S. 30 u. S. 40 f.; Koop, Volker (2003).

---

### **2.3. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Strukturveränderungen: Der widersprüchliche Weg zur Planwirtschaft**

Während alle anderen sozialistischen Staaten am Anfang ihrer Entwicklung eine vorwiegend agrarische Wirtschaftsstruktur besaßen und daher erst einmal eine nachholende Industrialisierung durchlaufen mussten<sup>47</sup>, wurde mit der SBZ zum ersten Mal in der Geschichte ein Teil einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft dem sowjetischen Modell einer zentralgeplanten Entwicklungspolitik unterworfen.<sup>48</sup> Dessen wirtschaftspolitische Durchsetzung nahm aufgrund der spezifischen Bedingungen im geteilten Deutschland allerdings einen höchst widersprüchlichen Verlauf.

Hatte allein schon die Herauslösung aus dem gesamtdeutschen Wirtschaftsverbund problematische Disproportionen innerhalb der industriellen Struktur geschaffen<sup>49</sup>, so führten die

---

<sup>47</sup> Eine Ausnahme bildeten die entwickelten Regionen in der Tschechoslowakei und teilweise in Polen und Ungarn. Vgl. Bröll, Werner (1974), S. 9.

<sup>48</sup> Trotz sehr großer landwirtschaftlicher Ressourcen war das Gebiet der SBZ schon seit Ende des 19. Jahrhunderts eine industrielle Kernregion Deutschlands gewesen. Seine Industrieproduktion hatte 1936 ein Viertel der Produktion des Deutschen Reiches ausgemacht und war bis weit in den Krieg hinein durch die Ansiedlung rüstungs- und autarkiewichtiger Industriezweige noch weiter forciert worden. Über das Ausmaß der kriegsbedingten Verluste im industriellen Bereich gehen die Meinungen in der neueren Forschung auseinander. Während einerseits von „[...] enormen Zerstörungen [...]“ während des Krieges gesprochen wird (Weber, Hermann [1997], S. 35), gehen andere Darstellungen davon aus, dass der industrielle Anlagenbestand nur relativ wenig beeinträchtigt wurde, daher „[...] die industrielle Potenz der SBZ 1945 größer denn je [...]“ gewesen sei (Buchheim, Christoph [1997], S. 64). Vgl. hierzu: Richter, Michael (1991), S. 5; Roesler, Jörg (1993), S. 47.

<sup>49</sup> Aufgrund der bis 1945 bestehenden intensiven Verflechtung mit westdeutschen Betrieben traten nach der Teilung vielfach beträchtliche Über- und Unterkapazitäten auf: Einer schwach entwickelten Schwer- und Grundstoffindustrie

---

an die Sowjetunion abzuführenden Reparationsleistungen während der ersten Nachkriegsjahre zu einer geradezu dramatischen Deindustrialisierung.<sup>50</sup> Unter diesen Bedingungen erreichte die Nettoproduktion auf dem Gebiet der SBZ 1946 gerade noch 27 % der Produktion von 1936, was kaum dazu beitragen konnte, die Vorbehalte gegen die sozialistische Siegermacht in der völlig unterversorgten Bevölkerung abzubauen.<sup>51</sup>

Der von den deutschen Kommunisten in Abstimmung mit den Besatzungsbehörden zu vollziehende Aufbau einer Friedenswirtschaft war somit während der Jahre 1945-1947 divergierenden Anforderungen ausgesetzt: Er hatte sich nicht nur auf existenzsichernde Maßnahmen zu konzentrieren, sondern

---

standen relativ starke hochspezialisierte, wenig material-, aber sehr arbeitsintensive Branchen der metallverarbeitenden Industrie sowie der Leichtindustrie gegenüber. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 54 f.

<sup>50</sup> In einer ersten Etappe hatte die Sowjetunion bis 1946 die Reparationsleistungen als Demontagen vorgenommen, welche die Kapazitäten der ostdeutschen Industrie auf einen Bruchteil des im Kriege erreichten Höchststandes zurückwarfen: „Demontagen fielen in der Feinmechanik/Optik 65 Prozent, in der Metallurgie 64 Prozent, in der Elektroindustrie 60 Prozent, im Fahrzeugbau 54 Prozent, im Maschinenbau 53 Prozent, in der Textilindustrie 15 Prozent der Kapazitäten zum Opfer“ (Roesler, Jörg [1993], S. 47). Anschließend entnahm die Besatzungsmacht die Reparationen aus der laufenden Produktion. Am 5. Juni 1946 gingen etwa 200 der wichtigsten und größten Betriebe (die insgesamt 25 % der gesamten Produktionsleistung in der SBZ ausmachten) als „Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)“ in den Besitz der Sowjetunion über. Die letzten 33 SAG-Betriebe wurden erst am 1.1.1954 an die DDR zurückgegeben. Ebenso wurde durch Demontagen das ohnehin kaum noch leistungsfähige Transportwesen weiter geschwächt (Abbau des zweiten Gleises der doppelspurig ausgebauten Schienenwege durch die Besatzungsbehörden). Vgl. Chronik 1945-1984 (1985), S. 1569; Richter, Michael (1991), S. 5; Weber, Hermann (1993), S. 11 f.

<sup>51</sup> Da ein Viertel aller Wohnungen vernichtet oder beschädigt war und die SBZ zudem fast vier Millionen Flüchtlinge aufnehmen musste, war vor allem die Wohnungsnot katastrophal. Nicht weniger schlimm war die mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln und im Gesundheitswesen. Vgl. Weber, Hermann (1997), S. 35 u. S. 37.

---

---

eben auch der weitverbreiteten antisozialistischen Stimmungslage Rechnung zu tragen, dessen ungeachtet aber doch auf eine Übernahme des sowjetischen Modells zu orientieren.

Dieses Spannungsfeld bestimmte nicht nur die frühen Verlautbarungen von KPD und SED in Fragen der Wirtschaftspolitik.<sup>52</sup> In ihm bewegten sich auch die konkreten Maßnahmen der ökonomischen Neustrukturierung, die sich im Laufe der Jahre wesentlich wandelten und von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig teilweise erheblich unterschieden.

In der Landwirtschaft etwa vollzog sich die Entwicklung planwirtschaftlicher Strukturen alles andere als gradlinig.

In ihrer ersten Phase („Bodenreform“ 1945-1949) schien sie der langfristigen Zielsetzung eines zentralgesteuerten Systems spezialisierter Großbetriebe auf der Grundlage kollektiven Eigentums geradezu entgegenzulaufen. Unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ wurden ab September 1945 der gesamte Großgrundbesitz mit mehr als 100 ha Betriebsfläche und auch alle kleineren Betriebe, die in öffentlichem Eigentum gewesen oder deren Eigentümer als aktive Vertreter der NSDAP, als Kriegsschuldige bzw. -verbrecher eingestuft worden waren, entschädigungslos enteignet. Die anschließende Neuverteilung führte zur Herausbildung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft

---

<sup>52</sup> Beispielweise distanzierte sich das Zentralkomitee der KPD in seinem „Aufruf an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands“ vom 11. Juni 1945 öffentlich vom sowjetischen Vorbild – „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre [...] – und forderte ausdrücklich: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ (zit. in: Huster, Ernst-Ulrich / Kraiker, Gerhard / Scherer, Burkhard / Schlotmann, Friedrich-Karl / Welteke, Marianne [1972], S. 356 u. S. 357). Entgegen der eigenen Zielsetzung stand in der öffentlichen Argumentation für „Enteignungen“ nicht das Ziel der „Sozialisierung“ im Vordergrund, sondern der Verweis auf „ökonomische Notwendigkeiten“ und die „Sühne von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 20.

---

mit hohem Selbstversorgungsgrad, deren umfassende Eigentumszersplitterung sich einem planenden Zugriff nur schwer erschließen konnte.<sup>53</sup>



Bundesarchiv, Bild 103-22594-002  
Foto: Höhne, Eich; Pahl, Eich | 11. September 1945

*Offizieller Demonstrationszug während der ersten Bodenreformphase in der SBZ: Aufteilung des ehemaligen „Königlichen Rittergutes Helfenberg“ bei Dresden; Quelle: Bundesarchiv / [Wikimedia](#)*

<sup>53</sup> Insgesamt wurden auf Anweisung der SMAD Ländereien und Inventar von 13.699 Betrieben zwangsbeschlagamt und in einen „Bodenfonds“ überführt, was 62 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ entsprach. Denunziationen und Willkür der Besatzungsmacht waren dabei Tür und Tor geöffnet. Über die Neuverteilung bestimmten in über 10.000 „Bodenreformkommissionen“ faktisch die Kommunisten. Nahezu 68 % erhielten Einzelpersonen (119.000 Landarbeiter, 83.000 Umsiedler), die als selbständige Bauern angesiedelt wurden, bzw. landarme Betriebe zugewiesen. Die restliche Fläche ging in das Eigentum der Länder, Kreise, Gemeinden, der kommunistisch gesteuerten „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)“ und der Roten Armee über. Im Ergebnis verfügten Ende der 1940er Jahre über große Flächen von mehr als 100 ha alleine noch die „Volkseigenen Güter (VEG)“, die von der Enteignung nicht betroffenen Kirchen und z.B. staatliche Saatzuchtbetriebe. Das waren insgesamt aber nur 4,4 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, dessen Bewirtschaftung in seiner Gänze eindeutig dominiert wurde von kleinen und mittleren Betrieben zwischen 5 und 20 ha. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 21; Hohmann, Karl (1985), S. 15; Merz, Hans-Georg (1991); Staritz, Dietrich (1996), S. 51 f.; Kluge, Ulrich (1997), S. 81 f.

---

Die viel zu kleine Betriebsgröße der bis 1949 eingerichteten „Neubauernstellen“ (im Durchschnitt nur 8,1 ha) verhinderte von vornherein ein rentables Wirtschaften und schwächte das öffentliche Versorgungssystem, bereitete aber gerade dadurch die spätere Kollektivierung ökonomisch vor. Demselben Zweck diente die regierungsamtliche „Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande“ während der Jahre 1949-1952, in deren Verlauf die verbleibenden Groß- und Mittelbauern (Betriebe über 50 ha, später über 20 ha) massiven politischen, sozialen und vor allem ökonomischen Diskriminierungen ausgesetzt wurden.<sup>54</sup>

Die Erweiterung dieses Drucks auf alle privaten Landwirtschaftsbetriebe leitete schließlich ab 1952 die Zwangskollektivierung in „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)“ ein, mit der trotz des weitverbreiteten Widerstandes in der Landbevölkerung bis 1960 die kommunistische Umstrukturierung im Agrarsektor ihren Abschluss fand.<sup>55</sup>

---

<sup>54</sup> Beispielsweise über höhere Pflichtablieferungen an den Staat, geringere Hilfen für Viehhaltung, Benachteiligung bei Ausrüstungs- und Düngemittelbelieferung etc. Dies führte dazu, dass bereits 1953 ca. 24.000 bäuerliche Betriebe mit insgesamt rund 700.000 ha Nutzfläche aufgegeben, verlassen oder beschlagnahmt worden waren. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 22 f.; Hohmann, Karl (1985), S.16.

<sup>55</sup> Um den Bauern den Zugang zur kollektiven Bewirtschaftung zu erleichtern, wurden drei Typen von LPG konzipiert, die von einem gemeinschaftlichen Betrieb nur der Feldwirtschaft bis hin zur Vollkollektivierung reichten, bei der das gesamte tote und lebendige Inventar in die Genossenschaft einzubringen war und den Mitgliedern zur individuellen Bewirtschaftung nur die sog. „persönliche Hauswirtschaft“ blieb. Dennoch waren bis Ende 1959 nur knapp die Hälfte der Bauern den LPG beigetreten. „Daß die andere, hartnäckigere Hälfte dann im Verlauf von nur 3 ½ Monaten zum Eintritt bewogen werden konnte, zeigt deutlicher als jedes Einzelbeispiel den allgemeinen Zwangscharakter dieser Maßnahmen“ (Leptin, Gert [1980], S. 22).

---



*26. Januar 1953: Eintritt einer Bäuerin in die  
„Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Blochwitz“  
im Kreis Grossenhain (Sachsen);  
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-18079-002 / CC-BY-SA-3.0 /  
[Wikimedia](#)*

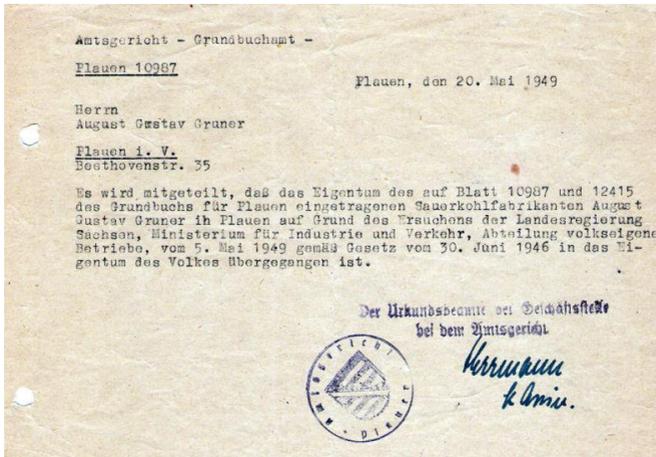
Direkter verlief der Weg zu einer neuen Wirtschaftsordnung mit „Volkseigenen Betrieben“ und staatlicher Planung im Bereich der Industrie, deren nichtprivater Anteil seit Herbst 1945 systematisch ausgebaut wurde.<sup>56</sup> Als quasidemokratische Legitimierung der bis 1948 durchgeführten Massenenteignung und Verstaatlichung wesentlicher Teile der Schwer- und Schlüsselindustrien diente der kommunistischen Führung wiederum eine Instrumentalisierung der antifaschistischen

---

<sup>56</sup> Die Grundlage hierfür schuf die SMAD mit dem „Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945“, durch den auf ihrem Besatzungsgebiet die Beschlagnahme des gesamten Eigentums des deutschen Staates, der Wehrmacht, der NSDAP und ihrer Amtsleiter dekretiert wurde. In der Folge kam es zur Enteignung von insgesamt 9.870 Betrieben, vorrangig der Schwerindustrie. Der Teil dieser Betriebe, der nicht in „Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)“ überführt worden war, wurde im März 1946 den deutschen Verwaltungsbehörden zur Verfügung gestellt. Damit war der Weg frei zu ihrer Verstaatlichung. Vgl. Deuerlin, Ernst (Hrsg.) (1972), S. 56-58; Richter, Michael (1991), S. 6; Weber, Hermann (1997), S. 38.

---

Grundstimmung breiter Bevölkerungskreise.<sup>57</sup> Ab 1949 wurden die Enteignungen dann vorrangig über individuelle Maßnahmen des Wirtschaftsstrafrechts gegen private Unternehmer vorangetrieben.<sup>58</sup>



Urkunde über die Enteignung von Geschäfts- und Privateigentum in Plauen (Sachsen), Mai 1949;

Quelle: [Wikimedia](#)

<sup>57</sup> So bei dem von der SED gegen starken Widerstand der LDPD und CDU durchgesetzten Volksentscheid in Sachsen vom 30. Juni 1946, in dem 77,6 % der Wähler für eine Überführung der „Nazi-Betriebe“ in „Volkseigentum“ stimmten. Ohne vorherige Abstimmung erfolgten die Enteignungen danach auch in den anderen Ländern der SBZ. Auf diese Weise wurden bis Frühjahr 1948 fast 10.000 Unternehmen entschädigungslos in Staatsbesitz genommen; ihr Anteil an der Industrieproduktion betrug zu diesem Zeitpunkt schon 40 %. Vgl. Weber, Hermann (1993), S. 13.

<sup>58</sup> „Das wichtigste Instrument der Vergesellschaftung war die durch Verordnung vom 23. September 1948 in das Wirtschaftsstrafrecht eingeführte Möglichkeit, auf Vermögenseinziehung zu erkennen. Im Zusammenhang mit der Bewirtschaftungsgesetzgebung und dem Steuerrecht (rückwirkende Steuern, hohe Steuerstrafen) boten sich eine Fülle von Ansatzpunkten für Enteignungen“ (Lep- tin, Gert [1980], S. 24.

Spätestens seit Ende der 1940er Jahre war in der DDR-Industrie somit das Primat staatlichen Eigentums und zentraler Lenkung konsolidiert.<sup>59</sup>

Zu derselben Zeit waren Banken und Versicherungen bereits verstaatlicht, die Enteignung des Großhandels stand kurz vor ihrem Abschluss.<sup>60</sup>

Auch in dem noch verbleibenden privatwirtschaftlichen Bereich hatten die unternehmerischen Verfügungsrechte über die Produktionsmittel eigentlich nur noch formalen Charakter und war die Gewinnerzielung als wesentlicher Anreiz zu Produktion und Verkauf mehr oder weniger außer Kraft gesetzt.<sup>61</sup>

An ihre Stelle trat ein hierarchisch gegliedertes System zentraler gesamtwirtschaftlicher Planung, dessen erste Ansätze in der SBZ sich aus den vorgefundenen Strukturen der NS-Kriegswirtschaft entwickelt hatten<sup>62</sup>, und in dem die SED seit

---

<sup>59</sup> 1949 bestritten die „Volkseigenen Betriebe (VEB)“ zusammen mit den „Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG)“ knapp 69 %, 1950 bereits 76 % der gesamten Industrieproduktion. Vgl. Staritz, Dietrich (1996), S. 51.

<sup>60</sup> Bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee hatte die SMAD am 23. Juli 1945 die Schließung der Banken, die Beschlagnahme ihrer Geld- und Wertpapierbestände, sowie die Neueröffnung von Landes- und Provinzialkassen angeordnet. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 20; Weber, Hermann (1993), S. 13; Staritz, Dietrich (1996), S. 51.

<sup>61</sup> Die privaten Industriebetriebe – zumeist kleine und mittlere – waren ebenso wie das produzierende Handwerk durch staatlich gelenkte Materialzuteilungen und langfristige Verträge an die „Volkseigenen Betriebe (VEB)“ gebunden. Der private Einzelhandel – 1950 noch mit knapp 53 % am Einzelhandelsumsatz beteiligt – hatte infolge der andauernden Rationierung der meisten Lebensmittel, einer strikten Kontingentierung vieler Konsumgüter sowie angesichts von Festpreisen keine Entwicklungschancen mehr, stand zudem unter der Konkurrenz der 1948 gegründeten „Staatlichen Handelsorganisation (HO)“ und der staatlich gelenkten Konsumgenossenschaften. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 26 f.; Thalheim, Karl C. / Haendcke-Hoppe, Maria (1991), S. 1186; Staritz, Dietrich (1996), S. 51.

<sup>62</sup> Vgl. Herbst, Ludolf (1997), S. 18.

---

Februar 1948 die weitere wirtschaftliche Entwicklung den starren Vorgaben ihrer „Zwei-“ bzw. „Fünfjahrespläne“ unterwarf.<sup>63</sup>

Ändern konnte dies an der äußerst problematischen Wirtschaftslage der SBZ vorerst genauso wenig wie die im Juni 1948 als Antwort auf die westdeutsche Entwicklung erfolgte Währungsumstellung.<sup>64</sup>



*Leipzig im Juni 1948, Bekanntmachung zur Währungsreform in der SBZ:  
Ersetzung der Reichsmark durch die Deutsche Mark (Ost);*

*Quelle: Deutsche Fotothek / [Wikimedia](#)*

---

<sup>63</sup> Eine zentrale Planungsinstanz existierte seit Juni 1947 mit der „Deutschen Wirtschaftskommission (DWK)“. In ihr wurden auf Befehl der SMAD die seit 1945 bestehenden „Zentralverwaltungen“ z.B. für Industrie, Brennstoff, Finanzen etc. zusammengeschlossen. Allerdings erhielt auch die DWK erst im Februar 1948 das Recht, wirtschaftliche Verordnungen für die ganze SBZ zu erlassen. Hauptaufgaben der DWK waren die Wiederherstellung der Industriewirtschaft, die Koordination der „Zentralverwaltungen“ und Landesregierungen, termingemäße Durchführung der Reparationen, sowie die Sicherung von Bedürfnissen der Besatzungsstreitkräfte. Aus der DWK ging mit Gründung der DDR im Oktober 1949 das „Ministerium für Planung“ hervor, ein Jahr später umbenannt in „Staatliche Plankommission“. Vgl. Leptin, Gert (1980), S. 36 f.; Rytlewski, Ralf (1985), S. 990-993; Wörl, Volker (1997), S. 187.

<sup>64</sup> Vgl. Chronik 1945 – 1984 (1985), S. 1563; Weber, Hermann (1993), S. 24.

---

### **3. Freiwirtschaftliche Interventionsversuche in der SBZ/DDR**

#### **3.1. Der Aufbau neuer Freiwirtschaftsorganisationen in den westlichen Besatzungszonen und ihre Ausstrahlung auf die SBZ**

Auch in den drei westlichen Besatzungszonen war die Reorganisation des politischen Lebens in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die Genehmigungspraxis der jeweiligen Militärregierung gebunden. Erste Lizenzvergaben für lokal begrenzte Zusammenschlüsse konnten innerhalb der neu ansetzenden Freiwirtschaftsbewegung von besonders aktiven Ortsgruppen ab Herbst 1945 erreicht werden.<sup>65</sup> Anknüpfend an die bis 1934 bestandenen Traditionslinien bildeten sich im Laufe des Jahres 1946 aus diesen Anfängen größere Organisationen auf Landesebene, grundsätzlich aber noch eingeschränkt auf ihre jeweilige Besatzungszone.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> Als eine der ersten freiwirtschaftlichen Organisationen war von der englischen Militärregierung im Herbst 1945 der „Menschheitsbund“ in Bremen zugelassen worden und hatte von dort aus Ableger in Hamburg, Ostfriesland und Hannover bilden können. Der „Menschheitsbund“ hatte bereits vor 1933 existiert und damals dem „Fisiokratischen Kampfbund (FKB)“ nahegestanden. Im Dezember 1945 konnten sich mehrere freiwirtschaftliche Ortsgruppen in Baden-Württemberg und in Köln konstituieren, in den folgenden Monaten kamen in zahlreichen Orten weitere hinzu. Vgl. Winkler, Ernst (1980), S. 29; Bartsch, Günter (1994), S. 156 f. u. S. 182.

<sup>66</sup> Dies geschah teilweise in direkter persönlicher Kontinuität – jedenfalls bei den Freiwirtschaftler:innen, die Nationalsozialismus und Krieg überlebt hatten. Ein hervorstechender Zug der ersten Reorganisationsbemühungen, wie auch der sie begleitenden Debatten über eine strategische Neuorientierung, war das sichtliche Bemühen, dort wieder anzusetzen, wo die Nazis 1934 mit ihren Organisationsverböten einen vorläufigen Schlussstrich gezogen hatten. Sehr zum eigenen politischen Schaden wurde dabei einer selbstkritischen Aufarbeitung der eige-

---

### 3.1.1. Der „Freiwirtschaftsbund (FWB)“

In der US-amerikanischen Zone wurde im September 1946 der bürgerlich-liberal ausgerichtete „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ neugegründet.<sup>67</sup>

In seinem Selbstverständnis definierte sich der FWB als überparteilicher „Bund für natürliche Ordnung in Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft“ mit dem Ziel, quer durch alle Parteien, Verbände und gesellschaftlichen Gruppen politischen Einfluss zu gewinnen. Eine enge Anlehnung an den „Freiwirtschaftsbund“ der Weimarer Zeit erfolgte auch in den grundsätzlich-programmatischen Äußerungen zur angestrebten Neugestaltung der deutschen Nachkriegsgesellschaft.<sup>68</sup>

---

nen Fehleinschätzungen und des eigenen Fehlverhaltens unter nationalsozialistischer Herrschaft (s.o. Kapitel 1.3.) in der Regel ängstlich ausgewichen. Die Verdrängungsreaktionen der freiwirtschaftlichen Protagonisten reichten von peinlichem Schweigen (etwa bei Otto Lautenbach) bis zur Bagatellisierung der NS-Diktatur als bloßem „Finanzskandal“ (Richard Batz im Jahre 1946, zit. in: Bartsch, Günter [1994], S. 143). Substantiell sollte sich daran auch in den nachfolgenden Jahrzehnten nichts ändern. Eine wirklich offene Selbstreflexion dieses Teils der eigenen politischen Geschichte, wie auch des Verhältnisses zu autoritären Strömungen insgesamt, hat innerhalb der Freiwirtschaftsbewegung eigentlich erst in den 1990er Jahren eingesetzt. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 141-144; Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997).

<sup>67</sup> Publikationsorgane des neuen FWB waren ab 1946 die von Otto Lautenbach herausgegebenen *Blätter der Freiheit* sowie der von Lautenbach geleitete Vita-Verlag in Heidelberg-Ziegelhausen. Im organisatorischen Umfeld des FWB entstanden 1949 die „Akademie Schule der Freiheit“ und 1952 die „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 156-160.

<sup>68</sup> „Der neue FWB übernahm im wesentlichen das Programm des alten, nur ersetzte er die festen Standbegriffe Freigeld, Freiland, Festwährung durch flüssige und dehnbare Formulierungen:

1. Rückkauf des gesamten Grund und Bodens in das Eigentum der Gesellschaft und seine Verpachtung zur freien Bewirtschaftung;
  2. Verteilung der Grundrente auf die Mütter je nach Zahl ihrer Kinder unter 16 Jahren;
-

Seine politisch-strategischen Überlegungen stellte er nicht allein auf die Überzeugungskraft der eigenen Ideen ab, sondern ausdrücklich auch auf die exemplarische Demonstration des praktischen Nutzens von freiwirtschaftlichen Reformansätzen.

Für das weitere politische Vorgehen entwarf das FWB-Programm daher einen Stufenplan, mit dem Multiplikatoren aus verschiedenen sozialen Gruppen – von den Intellektuellen bis zur Arbeiterschaft – sukzessive für die Freiwirtschaft gewonnen werden sollten:

- 1) Die „logisch-pädagogische Methode“ durch wissenschaftliche Darstellung der Freiwirtschaftslehre.
- 2) Die „praktisch-wirtschaftliche Methode“ durch das soziale Experiment.
- 3) Die „politisch-agitatorische Methode“ durch Propaganda und direkte Aktion.<sup>69</sup>

Auch in der französischen Besatzungszone hatten sich bereits im Jahr 1946 Ableger des FWB gebildet. Schätzungsweise brachte er es auf insgesamt 3.500 Mitglieder.

Spätestens seit der westdeutschen Währungsreform vom Juni 1948 erlahmte jedoch das allgemeine Interesse an währungspolitischen Alternativen und der zentralistisch um die Person von Otto Lautenbach organisierte FWB sah seine öffentliche Resonanz zunehmend schwinden.

---

3. Regelung der Menge des umlaufenden Geldes durch ein Währungsamt, das unter allen Umständen einen gleichbleibenden durchschnittlichen Preisstand aller Waren zu gewährleisten hat nach dem Großhandelsindex;

4. Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Geldzeichen werden durch geeignete technische Mittel unter Umlaufzwang gestellt.

Diese vier Maßnahmen würden das arbeitslose Einkommen beseitigen, den einzelnen befreien und der Menschheit eine höhere Entwicklung eröffnen“ (Bartsch, Günter [1994], S. 160.

<sup>69</sup> Vgl. Ebd., S. 163.

---

Auch deswegen konzentrierte er sich ab 1949 auf eine Zusammenarbeit mit den ordoliberalen Vertretern der sog. Freiburger Schule um Walter Eucken (1891-1950), der auch der bundesrepublikanische Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897-1977) nahestand.<sup>70</sup>

Den Tod Lautenbachs im Juli 1954 überlebte der FWB nur um wenige Monate.<sup>71</sup>

### **3.1.2. Die „Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF)“**

Im Gegensatz zum „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ erlebte der radikale „Fisiokratische Kampfbund (FKB)“, dem während der Weimarer Zeit auch der individualanarchistische Flügel der deutschen Freiwirtschaftsbewegung angeschlossen war, nach 1945 keine organisatorische Neuauflage mehr.

Richard Batz (1894-1965), das letzte noch aktive Mitglied des früheren FKB-Vorstandes, setzte für die Verwirklichung der angestrebten Bodenrechts- und Geldreform stattdessen auf eine aktive Teilhabe an der von den westlichen Siegermächten institutionalisierten parlamentarischen Demokratie. In dieser Ausrichtung gründete er gemeinsam mit Aloys Kokaly und Peter

---

<sup>70</sup> Auf diese Weise hoffte der FWB dazu beitragen zu können, in Westdeutschland eine freie Wirtschaft mit minimalem Kapitalismus zu begründen, die durch Vollbeschäftigung sozial abgesichert und gegen den östlichen Kollektivismus kommunistischer Prägung immunisiert wäre. In der zu diesem Zweck am 23.1.1953 in Heidelberg gegründeten „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)“ wurden die Vertreter von freiwirtschaftlichen Vorstellungen jedoch sehr schnell in den Hintergrund gedrängt und neutralisiert. Dadurch nahm die ASM spätestens seit 1954 immer deutlicher den Charakter eines bloßen Interessenverbandes der liberal orientierten Unternehmerschaft an. Vgl. Winkler, Ernst (1980), S. 60-81.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd., S. 32; Bartsch, Günter (1994), S. 167.

---

Thielen im Januar 1946 in der britischen Besatzungszone die „Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF)“.<sup>72</sup>

Trotz der Orientierung auf den Parlamentarismus bekannte sich die RSF zumindest in ihrer Anfangsphase noch ausdrücklich zum libertär-staatskritischen Gehalt der Freiwirtschaftslehre und forderte in ihrem „Zielprogramm“ vom Februar 1946 einen vollständigen Abbau des Staates und die Überführung der öffentlichen Aufgaben in demokratische Selbstverwaltung.<sup>73</sup>

Die Hoffnung, im Kampf um die Wählergunst den großen politischen Parteien Paroli bieten und der Freiwirtschaft über den Stimmzettel näher kommen zu können, wurde jedoch auch im westlichen Nachkriegsdeutschland bitter enttäuscht.<sup>74</sup> Aufgrund der anhaltenden politischen Misserfolge löste sich die RSF im September 1950 auf und verschmolz mit zwei weiteren Freiwirtschaftsparteien zur „Freisozialen Union (FSU)“.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> In der RSF gingen während der Folgezeit eine Reihe kleinerer Parteien – ebenfalls aus der britischen, aber auch aus der französischen Besatzungszone – auf, z.B. die „Freiwirtschaftliche Partei“ (Aurich), die „Deutsche Friedenspartei“ (Köln) oder die „Freiwirtschaftspartei“ (Solingen). Allerdings war die RSF keine Nachfolgeorganisation der „Freiwirtschaftlichen Partei Deutschlands (FPD)“, die bis 1933 vor allem in Berlin und Erfurt tätig gewesen war. Deren ehemalige Vorsitzende waren entweder im Krieg umgekommen oder blieben nach 1945 in Ostberlin (etwa Eugen Graske und Hugo Luczak). Das wichtigste Publikationsorgan der RSF war die Wochenzeitung *Der freie Mensch*. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 183-185; Onken, Werner (1997), S. 9.

<sup>73</sup> Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 183.

<sup>74</sup> 1946 stimmten bei Wahlen in Hamburg ganze 0,07 % der Wähler:innen für die RSF. Bei den Bundestagswahlen 1949 erreichte sie in der gesamten britischen Zone, in Bremen und in Stuttgart zusammen 217.267 Stimmen. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 186.

<sup>75</sup> Dies waren die in der französischen Besatzungszone gegründete „Freie Soziale Partei“ und die aus einer Opposition im FWB hervorgegangene „Soziale Freiheitspartei“. Vgl. Bartsch, Günter (1994), S. 188.

---

### **3.1.3. Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat: Plädoyer für einen libertären Sozialismus**

Neben den Publikationen des FWB und der RSF strahlte insbesondere das in Lauf bei Nürnberg erscheinende Periodikum *Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat* auch auf das Gebiet der SBZ aus. Dort gab es zahlreiche Bezieher und an verschiedenen Orten regelmäßige Treffen von Leser:innen.<sup>76</sup>

*Die Gefährten* erschienen ab Mai 1946 im Verlag von Rudolf Zitzmann (1898-1990), der als Naziverfolgter sehr schnell eine Publikationslizenz der amerikanischen Militärverwaltung erhalten hatte. Unter der Redaktion von Richard Batz und später von Karl Walker (1904-1975) war die Zeitschrift als strömungsübergreifendes Organ zur grundsätzlichen Positionsbestimmung der sich neuformierenden Freiwirtschaftsbewegung angelegt.

Naturgemäß prallten dabei unterschiedliche Auffassungen über die von FWB und RSF eingeschlagenen Strategien zur Umsetzung der freiwirtschaftlichen Reformen aufeinander.<sup>77</sup>

Von wesentlicherer Bedeutung – gerade auch für die Leserschaft in der SBZ – war jedoch, dass die Autoren der *Gefährten* trotz aller Verschiedenheit ihrer sonstigen Anschauungen im

---

<sup>76</sup> „[...] zum Beispiel in den Buchhandlungen von *Otto Dausien* und *Erich Nobis* in Halle/Saale bzw. Leipzig (beide waren vor 1933 im FKB aktiv gewesen) oder in Privatwohnungen von *Max Bader* in Berlin-Pankow, *Gottfried Reißig* in Ilmenau und *Ewald Vogt* in Frankfurt/Oder. Andere Sammelpunkte gab es gemäß einer im Frühjahr 1947 in den „*Gefährten*“ veröffentlichten Liste in Wegeleben/Harz, Plauen, in den sächsischen Ortschaften Buchholz, Lichtenberg und Thalheim. Weitere öffentliche Hinweise auf solche Treffpunkte unterblieben, weil sie möglicherweise zu riskant gewesen wären“ (Onken, Werner [1997], S.11 [Hervorhebungen im Original]).

<sup>77</sup> Vgl. Ebd., S. 9 f.

Plädoyer für einen freiheitlichen Sozialismus einen gemeinsamen Nenner fanden und diesen ansatzweise in der Theorie eines freiwirtschaftlichen „Dritten Weges“ zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus ausarbeiteten. In diesem Zusammenhang wurde das Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft ausformuliert<sup>78</sup>, es wurde die liberale Perspektive einer generalisierten Selbstverwaltung entworfen<sup>79</sup>, und es wurden wirtschaftspolitische Grundsätze für den Übergang von einer bürokratisch reglementierten zu einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung benannt.<sup>80</sup> Die Rezeption derartiger Theorieentwürfe musste für die ostdeutschen Freiwirtschaftler:innen allein schon Wasser auf die Mühlen ihrer Fundamentalopposition sein. Zusätzlich bestärkt wurden sie in den *Gefährten* z.B. durch eine grundsätzliche Kritik Karl Walkers an der in der SBZ ab Herbst 1945 durchgeführten „Bodenreform“.<sup>81</sup>

---

<sup>78</sup> Etwa von Adolf Rüegg: „Eine Gesellschaftsordnung ohne Klassen, eine Wirtschaftsordnung ohne Ausbeutung und also ohne arbeitslose Einkommen und ohne Krisen, aber mit steigender Produktivität und wachsendem Massenwohlstand – kurz: eine gerechte und dazu progressive Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dieser Sozialismus in Freiheit ist *möglich*; aber er ist nur möglich als Marktwirtschaft und mithin als Geldwirtschaft (daher Geldreform wichtig und nötig) – nur möglich in Freiheit – nur möglich auf dem Boden der freien Konkurrenz. Der liberale Sozialismus wird *wirklich*, wenn man die freie Konkurrenz verwirklicht, d.h. wenn man die zerstörbaren Monopole zerstört und die nichtzerstörbaren Monopole aus der Privathand in die Staatshand überführt [...]“ (Rüegg, Adolf [1946], S.224 [Hervorhebungen im Original]). Vgl. hierzu: B., J. [d.i. Baur, Josef] (1948).

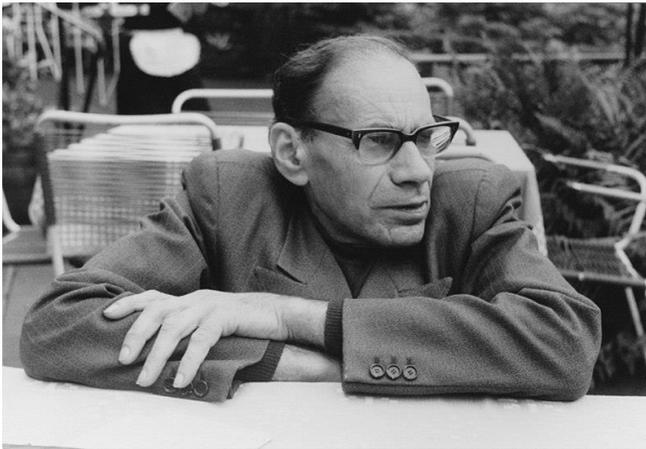
<sup>79</sup> „Den Kampf für dieses Programm nehmen wir auf in der Überzeugung, [...] den auf Raub und Eroberung gegründeten Klassenstaat in die durch Selbstverwaltung geleitete Gesellschaft des Zukunftsstaates umzuwandeln“ (Rüegg, Adolf [1946], S. 224). Vgl. hierzu: Batz, Richard (1948).

<sup>80</sup> Vgl. Batz, Richard (1947), S. 295 f.

<sup>81</sup> Aus freiwirtschaftlicher Sicht war insbesondere die erneute Privatisierung des von den SBZ-Behörden enteigneten Grund und Bodens (s.o. Kapitel 2.3.) abzu-

---

Für den weiten Verbreitungsgrad der *Gefährten* sprach auch ihre stolze Auflagenhöhe von immerhin 33.000 Exemplaren. Als jedoch die amerikanische Militärverwaltung mit einer Drosselung der Papierzufuhr eine Verringerung der Auflage auf 5.000 bewirkte, wurde die Herausgabe dieser gerade für die SBZ so wichtigen Zeitschrift unrentabel. Im Frühjahr 1950 musste sie daher eingestellt werden.<sup>82</sup>



*Karl Walker (1904-1975), freiwirtschaftlicher Publizist und Organisator. Aufnahme aus dem Jahr 1975; Quelle: [Wikimedia](#)*

---

lehnen, da hierdurch die aufgrund zunehmender Bevölkerungsdichte ansteigende Grundrente wiederum als arbeitsloses Einkommen an die neuen Privateigentümer fließen musste. Solange noch keine wirkliche Reform im Sinne eines Rückkaufs des gesamten Bodens durch die Gemeinschaft durchgeführt sei, sollten wenigstens die der öffentlichen Hand ohnehin schon gehörenden Grundstücke und die Besitztümer der Kriegsverbrecher als unveräußerliches Gemeineigentum einer öffentlichen Körperschaft übertragen werden, welche die Verpachtung an die Nutzer zu regeln habe: „*Privaten Landbesitz dem einen zu nehmen und dem anderen zu geben – das ist keine ‚Bodenreform‘*“ (Karl Walker, *Grundsätzliches zur Bodenreform*, in: *Die Gefährten. Monatsschrift für Erkenntnis und Tat*, Heft 2 / 1946, zit. in: Onken, Werner [1997], S. 10 [Hervorhebungen im Original]).

<sup>82</sup> Vgl. Onken, Werner (1997), S. 10.

---

## **3.2. Freiwirtschaftliche Reorganisationsansätze in der SBZ**

Die Entwicklung der politischen Herrschaftsverhältnisse musste den Beteiligten nur allzu schnell vor Augen führen, dass mit einer offiziellen Zulassung freiwirtschaftlicher Organisationen oder Publikationsorgane von Seiten der sowjetischen Besatzungsbehörden auf keinen Fall zu rechnen war.<sup>83</sup>

In der SBZ konnte sich eine Neuorganisation der Freiwirtschaftsbewegung allein auf der Ebene informeller persönlicher Kontakte, mehr oder weniger klandestiner Gruppenstrukturen und Literaturzufuhr aus den westlichen Besatzungszonen vollziehen. Umso wichtiger war daher die Aktivität einzelner Personen, die aufgrund ihrer Verbindungen Ansätze eines überregionalen Kommunikationsnetzes aufbauen konnten.

### **3.2.1 Der „Neue Bund – Freiheitlich-Soziale Vereinigung“ und die „Freiland-, Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft“**

Die intensivsten Bemühungen zur freiwirtschaftlichen Reorganisation in der SBZ wurden von Will Noebe (1899-1986) unternommen.<sup>84</sup> Mit Hilfe alter Adressenkarteeien seines früheren

---

<sup>83</sup> Vgl. Noebe, Will (1959), S.8 f.; Noebe, Will (1972), S. 253; Winkler, Ernst (1980), S. 36.

<sup>84</sup> Noebe war schon seit den 1920er Jahren in der deutschen Freiwirtschaftsbewegung aktiv gewesen, hatte als jüngstes Vorstandsmitglied dem damaligen „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ angehört und nach seinem Ausscheiden ab 1927 gemeinsam mit Raoul Heinrich Francé (1874-1943) die lebensreformerisch orientierte Zeitschrift *Telos* herausgegeben. Als sein Verlag in Leipzig 1934 von der Gestapo beschlagnahmt und die Zeitschrift verboten wurde, gelang es Noebe,

---

Verlages und einer vom Alliierten Kontrollrat erteilten Rede-Erlaubnis für alle vier Besatzungszonen stellte Noebe von Berlin aus mit einer Reihe von vielfältigen *Telos-Rundbriefen* Kontakte zu früheren Freiwirtschaftler:innen wieder her und organisierte Vortragsreisen durch die SBZ, um auch neue Interessenten zu gewinnen. Innerhalb eines Jahres konnten auf diese Weise etwa 25 freiwirtschaftliche Gesprächskreise in Berlin sowie in zahlreichen größeren und kleineren Städten der SBZ initiiert werden,<sup>85</sup> deren schätzungsweise 750 bis 800 Mitglieder vorwiegend der sozialen Mittelschicht entstammten.<sup>86</sup>

Parallel zu dieser Sammlungsbewegung rief Noebe mit Unterstützung von Karl Walker im Herbst 1945 den „Neuen Bund – Freiheitlich-Soziale Vereinigung“ ins Leben.<sup>87</sup>

---

in die Tschechoslowakei zu entkommen, wo er u.a. an der Gründung des dortigen „Bundes für krisenfreie Wirtschaft“ beteiligt war und wiederum verschiedene Zeitschriften herausgab. Nach mehrmaligen Verhaftungen durch die deutschen Besatzungsbehörden kam Noebe gegen Kriegsende in das tschechische Lager Kaunitz bei Böhmisches Brod, von wo aus er im Herbst 1945 als „Unbelasteter“ nach Sachsen abgeschoben wurde. Da sein früheres Verlagsgebäude in Neustrelitz während des Krieges zerstört worden war, bezog Noebe die Kellerwohnung eines ausgebombten Hauses im amerikanischen Sektor von Berlin, in dem früher eine Filiale seines Verlages beheimatet gewesen war, und bemühte sich in gewohnter Umtriebigkeit sofort wieder um die Sammlung der freiwirtschaftlichen Kräfte; vgl. D., H. [d.i. Noebe, Will] (1976), S. 7-12; Bartsch, Günter (1994), S. 121 f. u. S. 151; Onken, Werner (1997), S. 11; Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997), S. 39-43.

<sup>85</sup> Beispielsweise in Chemnitz, Dresden, Eisleben, Erfurt, Gera, Görlitz, Gotha, Halle/S., Jena, Leipzig, Magdeburg, Altenburg/Thür., Dessau, Oranienburg, Quedlinburg, Reichenbach/Thür. und Schmölln. Vgl. D. H. [d.i. Noebe, Will] (1976), S. 12; Onken, Werner (1997), S. 11 f.

<sup>86</sup> „[...] hauptsächlich Lehrer, aber auch Pastoren, Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker, Ingenieure, Fabrikanten, Kaufleute, Reformhausinhaber, Bank- und Verwaltungsangestellte sowie Landwirte und Handwerker“ (Onken, Werner [1997], S. 12). Vgl. hierzu: W.A.G [d.i. Noebe, Will] (1958), S. 265.

<sup>87</sup> Als Idealverein war der „Neue Bund“ zwar im Berliner Vereinsregister eingetragen, eine offizielle Zulassung für alle vier Besatzungszonen wurde – trotz

---

Im Unterschied zu den Neugründungen in den westlichen Besatzungszonen setzte der „Neue Bund“ keinerlei Hoffnung darauf, eine Einführung der freiwirtschaftlichen Reformen „von oben“, d.h. über eine irgendwie geartete Beeinflussung des politischen Machtapparates erreichen zu können.

Stattdessen vertrat er das Programm einer gesellschaftlichen Neustrukturierung von der Basis her auf dem Wege direkter Aktion in Form von sozialen Selbsthilfeprojekten.<sup>88</sup>

Als ein erster Schritt dorthin konstituierte sich zeitgleich eine „Freiland-, Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft“.

Mit ihr lehnten sich Noebe und Walker nicht nur an konkrete Vorbilder an (z.B. an die bodenreformerische Genossenschaftssiedlung Eden-Oranienburg und an die Kibbutzbewegung in Palästina/Israel<sup>89</sup>).

Sie orientierten sich auch an der von Mahatma Gandhi (1869-1948) in Indien gegen die britische Kolonialmacht entwickelte Strategie des gewaltfreien Widerstandes. Zudem erhoffte man sich von der Rechtsform einer Genossenschaft in der SBZ eine bessere Entfaltungsmöglichkeit als von einer politischen Organisation.<sup>90</sup>

---

mehrerer Anläufe Noebes und seiner Freunde – vom Alliierten Kontrollrat allerdings nie erteilt. Der erste Vorstand des „Neuen Bundes“ setzte sich aus Will Noebe, Paul Diehl und Herbert Hahn zusammen. Vgl. Noebe, Will (1959), S. 8 f.; Bartsch, Günter (1994), S. 177 f.

<sup>88</sup> Vgl. Der Neue Bund – Freiheitlich-soziale Vereinigung (Hrsg.) (o.J. [ca. 1952]); Onken, Werner (1997), S. 12.

<sup>89</sup> Die „Vegetarische Obstbau-Kolonie Eden“ war bereits 1893 unter maßgeblichen Einfluss von Franz Oppenheimer (1864-1934) ins Leben gerufen worden. Oppenheimer vertrat einen „liberalen Sozialismus“, der nicht nur die Kibbutzbewegung in Palästina/Israel mitprägte, sondern auch deutliche Parallelen zur Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell aufwies. Vgl. Senft, Gerhard (1990), S. 85-88; Senft, Gerhard (1997), S. 31-36; Onken, Werner (1997a), S. 6-34.

<sup>90</sup> Schon während der 1920er Jahre hatte Noebe unter der Parole „Freiland im Kapitalismus“ derartige Siedlungsvorhaben angeregt. Gandhis Konzeption des gewaltfreien Widerstandes hatte er seit Anfang der 1940er Jahre rezipiert und

---



*Will Noebe (1899-1986),  
freiwirtschaftlicher Publizist,  
Verleger und Organisator.  
Aufnahme aus dem  
Jahr 1961 – Bildausschnitt;  
Quelle: Henning, Markus  
(2018), S.10*

---

traf sich darin auch mit Karl Walkers strategischen Vorstellungen; vgl. Walker, Karl (1947), S. 64 f.; Onken, Werner (1997), S. 12 u. S. 43; Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997), S. 42.

---

### **3.2.2. Versuch der Einflussnahme auf die politischen Parteien der SBZ**

Gerade weil der „Neue Bund“ und die „Freiland-, Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft“ in der SBZ nie zugelassen waren und der Druck einer permanenten Überwachung durch die SMAD und den NKWD mit der Zeit immer spürbarer wurde, lag es für die ostdeutschen Freiwirtschaftler:innen nahe, auch unter dem schützenden Dach einer offiziell erlaubten Organisation für ihre Ideen zu werben.<sup>91</sup>

Hierfür bot sich insbesondere die „Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD)“ an, die sich bei ihrer Zulassung im Juli 1945 nicht nur für die Überwindung von Militarismus und Faschismus ausgesprochen hatte, sondern ausdrücklich auch für privates Produktionsmitteleigentum, wirtschaftliche Freiheit und politische Demokratie.<sup>92</sup>

Sogar der „Neue Bund“ selber knüpfte Verbindungen zu ihr an.<sup>93</sup>

In der Folge entstanden in mehreren Städten freiwirtschaftliche LDPD-Gesprächskreise.<sup>94</sup>

---

<sup>91</sup> Auf diese Weise wirkten sich die vom neuen „Freiwirtschaftsbund“ primär für die westlichen Besatzungszonen proklamierten Strategievorschläge zumindest indirekt auch auf die SBZ aus (s.o. Kapitel 3.1.1.).

<sup>92</sup> Vgl. Weber, Hermann (1993), S. 7.

<sup>93</sup> Dies geschah ab Mitte 1945 vor allem über den damals führenden LDPD-Politiker und ehemaligen Staatsminister Roderich Hustaedt (1878-1958). Vgl. D.H. [d.i. Noebe, Will] (1976), S. 11 f.

<sup>94</sup> So etwa in Erfurt und Frankfurt/Oder. Versuche freiwirtschaftlicher Einflussnahme reichten bis zum direkten parteipolitischen Engagement. Beispielsweise engagierte sich der Gesellianer Georg Otto (1928-2021) im sächsischen Großenhain 1947 beim Kommunal- und Landtagswahlkampf für die LDPD. Erich Rach vom alten „Freiwirtschaftsbund (FWB)“ brachte es sogar bis zum stellvertretenden Vorsitzenden der LDPD-Fraktion im Rat der Stadt Erfurt; vgl. Onken, Werner (1997), S. 13; Otto, Georg (2008), S. 16 f.; Löhr, Dirk / Gude, Jörg / Onken, Werner (2021).

---

Versuche freiwirtschaftlicher Einflussnahme gab es offensichtlich auch in Richtung ostdeutscher SPD und Ost-CDU. Aufgrund der spärlichen Quellenlage fehlen hierzu allerdings konkrete Belege.<sup>95</sup>

Innerhalb von KPD bzw. SED offen für die Freiwirtschaft zu werben, musste unter den Bedingungen stalinistischer Parteidisziplin einer durchaus lebensgefährlichen Selbstdenunziation gleichkommen.<sup>96</sup>

Demgemäß konnte ein relevanter Einfluss hier ebenso wenig gewonnen werden wie letztlich in den übrigen SBZ-Parteien.

Alle Parteien unterlagen einem zunehmenden Anpassungsdruck an die SED-Linie.

Eine Artikulationsmöglichkeit für gesellschaftspolitische Fundamentalopposition konnten sie schon bald nicht mehr bieten.

---

<sup>95</sup> 1958 sprach Will Noebe in einem summarischen Rückblick auf die organisatorische Zusammenarbeit von Freiwirtschaftler:innen mit den in der SBZ zugelassenen politischen Parteien nur sehr vage davon, dass „[...] Liberal-Demokraten, Sozialdemokraten und Christlich Soziale ungefähr gleich stark rangiert haben dürften“ (W.A.G. [d.i. Noebe, Will] [1958], S. 265). Vgl. hierzu: Onken, Werner (1997), S. 13.

<sup>96</sup> Gleichwohl gab es vereinzelt auch derartige Versuche: „In einem seiner Rundbriefe erwähnte *Will Noebe* einen Vortrag von *Paul Hirsekorn* in einer Berliner Bezirksgruppe der KPD, mit dem eine Diskussion über *Gesells Sozialreformvorschläge* innerhalb der KPD in Gang gebracht werde sollte. [...] *Bruno Warncke* von der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena [berichtete] einmal, daß die Universitäten, die Landesregierungen der demokratischen Parteien, die Ministerien und die Deutsche Wirtschaftskommission in Berlin seit 1946 [...] in immer neuen Briefen einer kleinen Gruppe von Anhängern der sogenannten *Freiwirtschaftslehre*‘ aufgefordert worden seien, ein ‚*neues Geld*‘ einzuführen“ (Onken, Werner [1997], S. 13 f. [Hervorhebungen im Original]).

---

## **4. Die Reaktion der kommunistischen Machthaber**

### **4.1. Die Zerschlagung der ostdeutschen Freiwirtschaftsbewegung im Kontext der generellen Verfolgung politischer Opposition in der SBZ**

Die Verfolgung politischer Opposition durch sowjetische Besatzungsbehörden vollzog sich bis 1955 in zwei Phasen.

Der unmittelbar nach Kriegsende einsetzende kollektive Terror hatte im Selbstverständnis der SMAD primär eine präventive Zielsetzung: Es galt zunächst, die chaotischen Zustände nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur und den drohenden Verfall aller rechtlichen und moralischen Bindungen in der Bevölkerung zu überwinden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu ahnden und schließlich ein mögliches Wiederaufleben nationalsozialistischer Umtriebe und das Aufflackern bewaffneten Widerstandes von vornherein zu unterbinden. Die in dieser ersten Phase meist ohne jedes Gerichtsverfahren vollzogenen Massenverhaftungen und Internierungen fielen überwiegend in das Jahr 1945.

Demgegenüber verfolgte der in der zweiten Phase einsetzende justizielle Terror ausdrücklich den Zweck einer Absicherung der eingeleiteten Strukturveränderungen in Staat und Gesellschaft. Sein wesentliches Moment war die Strafjustiz der sowjetischen Militärtribunale und die Administrativ-Justiz von NKWD/MWD gegen politische Oppositionsgruppen. Ihr größtes Ausmaß erreichten die so motivierten Verurteilungen durch sowjetische Instanzen in den Jahren 1947-1949.<sup>97</sup>

---

<sup>97</sup> Vgl. Fricke, Karl-Wilhelm (1990), S. 55.

---

---

Auch die Freiwirtschaftsbewegung in der SBZ wurde Opfer dieser Repressionswelle.<sup>98</sup>

## **4.2. Die im Frühjahr 1948 einsetzende Verhaftungswelle. Exemplarische persönliche Schicksale**

Nach monatelangen Bespitzelungs- und Unterwanderungsversuchen<sup>99</sup> begann der sowjetische Geheimdienst NKWD im Frühjahr 1948 die freiwirtschaftlichen Gruppen der SBZ mit einer Verhaftungswelle zu überziehen, in deren Verlauf die aktivsten Freiwirtschaftler:innen ausgeschaltet und die Organisationsansätze des „Neuen Bundes“ und der „Freiland-, Heimstätten- und Siedlungsgenossenschaft“ vollständig zerschlagen wurden.<sup>100</sup>

Der Leidensweg der Inhaftierten kann nur exemplarisch anhand von überlieferten Selbstzeugnissen und Dokumenten rekonstruiert werden.

---

<sup>98</sup> Überhaupt scheint die Zerschlagung libertär sozialistischer Strömungen in jenen Jahren ein erklärtes Ziel der sowjetischen Behörden gewesen zu sein. So wurde auch die anarchistische Bewegung der SBZ ab November 1948 von zwei Verhaftungswellen heimgesucht und als Faktor gesellschaftlicher Opposition mehr oder weniger ausgeschaltet. Vgl. Bartsch, Günter (1972), S. 188-198.

<sup>99</sup> Vgl. Noebe, Will (1959), S. 8 f.

<sup>100</sup> Das quantitative Ausmaß der Verhaftungswelle ließ sich bisher nicht genau belegen. Der zu jener Zeit in Berlin-Lichterfelde ansässige Karl Walker teilte im Dezember 1948 mit, dass aus seinem freiwirtschaftlichen Bekanntenkreis in der SBZ mindestens 10 Personen verschwunden seien. Will Noebe sprach rückblickend von 16 Personen, die in diesem Zusammenhang inhaftiert und meist zu 25 Jahren Zwangsarbeit und Einzug ihres Vermögens verurteilt worden seien. Die wirkliche Zahl dürfte weitaus größer gewesen sein. Vgl. Noebe, Will (1972), S. 254; Onken, Werner (1997), S. 14.

---

### 4.2.1. Will Noebe

Dass der NKWD besonderes Interesse an der Ausschaltung von Will Noebe hatte, verwundert kaum. War dieser doch Vorstandsmitglied des „Neuen Bundes“ und wichtiger Verbindungsmann der Freiwirtschaftsgruppen in der SBZ.

Nachdem ein erster Versuch, ihn aus Westberlin zu entführen, gescheitert war<sup>101</sup>, wurde Noebe am 17. Mai 1948 während einer Reise im sächsischen Groß-Schönau festgenommen.<sup>102</sup>

Nach sechsmonatiger Untersuchungshaft in Hohenschönhausen unter teils menschenunwürdigen Bedingungen<sup>103</sup> wurde Noebe durch das Hohe Sowjetische Militärgericht wegen Leitung einer von der SMAD „[...] zwar nicht verbotenen, aber für ihr Besatzungsgebiet auch nicht zugelassenen Vereinigung [...]“<sup>104</sup> zu dreimal 25 Jahren Zwangsarbeit, zusammengezogen auf 25 Jahre, statt einer Todesstrafe verurteilt.

---

<sup>101</sup> Vgl. D.H. [d.i. Noebe, Will] (1976), S. 12.

<sup>102</sup> Was ihn trotz aller Warnungen zu dieser gefährvollen Reise in die SBZ bewog, schildert Noebe im Rückblick wie folgt: „Die Spitzeltätigkeit des NKWD hatte sich inzwischen so verstärkt, daß ich vorübergehend um polizeilichen Schutz bitten mußte. Dennoch entschloß ich mich zu einer letzten Reise nach Mitteldeutschland, zumal es inzwischen auch in der Berliner Gruppe zu sichtbaren Einflüssen eingeschleuster NKWD-Spitzel gekommen war. Auf dieser letzten Reise wollte ich allen Vertrauensleuten sagen, sie möchten stillhalten, äußerste Vorsicht walten lassen und jede Tätigkeit, die auf eine Organisation schließen lasse, alsbald einstellen. Ich vertraute darauf, von ihnen richtig verstanden zu werden, da ich die meisten seit langen Jahren kannte. Diese Reise wurde in der Tat die letzte“ (Noebe, Will [1959], S. 9 f.).

<sup>103</sup> Nach seiner Auflösung als Internierungslager diente die Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen den sowjetischen Sicherheitsorganen als zentrales Untersuchungsgefängnis, bis sie im März 1951 dem „Ministerium für Staatssicherheit (MfS)“ der DDR übergeben wurde. In Hohenschönhausen kamen ab Mai 1945 rund 3.000 Häftlinge ums Leben. Vgl. Fricke, Karl-Wilhelm (1990), S. 74.

<sup>104</sup> Noebe, Will (1959), S. 35.

---

Während der nächsten beiden Haftjahre durchwanderte er die Gefängnisse in Bautzen, den „Roten Ochsen“ in Halle (Saale) und nochmals Hohenschönhausen, um daraufhin in ein ostsibirisches Zwangsarbeitslager in Taischet deportiert zu werden.<sup>105</sup>

Im Zuge einer allgemeinen Entlassungsaktion vor dem Hintergrund des politischen Tauwetters nach Stalins Tod konnte Noebe schließlich 1955 vorzeitig aus der Lagerhaft nach Westberlin zurückkehren.<sup>106</sup>

#### **4.2.2. Susanne Große**

Bereits am 12. Mai 1948, also fünf Tage vor Will Noebe, war die damals 19-jährige Susanne Große in Berlin-Karlshorst verhaftet worden, als sie bei der dort ansässigen Behörde eine Reiseerlaubnis zum Besuch eines internationalen Freiwirtschaftskongresses in Basel einholen wollte.

Große entstammte einer freiwirtschaftlich orientierten Arbeiterfamilie aus Schmölln/Thür.

Als Leiterin einer Betriebsgruppe der „Freien Deutschen Jugend (FDJ)“ war sie dem NKWD nicht nur wegen marxismuskritischer Äußerungen bei SED-Schulungskursen, sondern auch wegen ihrer Ablehnung einer weiteren Parteikarriere aufgefallen.

Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft in Hohenschönhausen wurde Große wegen angeblicher Unterstützung der von Will Noebe projektierten Freiwirtschaftsorganisationen unter die

---

<sup>105</sup> Vgl. Ebd., S. 42. Wie Noebe war auch die übergroße Mehrheit der in die Sowjetunion deportierten deutschen Strafgefangenen nicht etwa als „Kriegsverbrecher“ – wie es die sowjetische Propaganda weismachen wollte –, sondern wegen „konterrevolutionärer Delikte“ in der SBZ/DDR abgeurteilt worden. Vgl. Fricke, Karl-Wilhelm (1990), S. 149-154.

<sup>106</sup> Vgl. Noebe, Will (1959), S. 54-58; Fricke, Karl-Wilhelm (1990), S. 149-154.

---

Anklage staatsfeindlicher Einstellung und Spionage für den Westen gestellt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Ihre Leidensodyssee führte sie während der nächsten Jahre durch die Gefängnisse in Bautzen, Sachsenhausen, Waldheim und schließlich in die Frauenhaftanstalt Hoheneck zur Zwangsarbeit in der dortigen Zuchthauschneiderei.<sup>107</sup> 1956 wurde Susanne Große begnadigt und zur Bewährung in ihre Heimatstadt entlassen, von wo aus sie dann über Westberlin in die Bundesrepublik entflo.<sup>108</sup>



*Die ehemalige Frauenhaftanstalt Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge (Sachsen). Aufnahme aus dem Jahr 2012; Quelle: [Wikimedia](#)*

---

<sup>107</sup> Vgl. Kleine, Hannelore [d.i. Große, Susanne] (o.J. [ca. 1957 oder 1958]), S. 3-24. In der Haftanstalt Hoheneck waren seit 1950 insgesamt 1.314 von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte Frauen aus allen sozialen Schichten unter härtesten Bedingungen inhaftiert: „Insgesamt 22.934 Jahre ‚Arbeitsbesserungslager‘ waren in Hoheneck versammelt, die 25 ‚Lebenslänglichen‘ nicht eingerechnet, deren Haftzeit nicht in Jahren umzusetzen war“ (Matz-Donath, Annerose [1995], S. 468). 48,3 % der Insassinnen waren wegen „Spionage“, 14,8 % wegen „antisowjetischer Propaganda“ und 14,3 % wegen „Beihilfe zum Landesverrat“ verurteilt. Vgl. Ebd., S. 469.

<sup>108</sup> Vgl. Kleine, Hannelore [d.i. Große, Susanne] (o.J. [ca. 1957 oder 1958]), S. 27-30.

---

### 4.2.3. Walter Michel

Der Schlossermeister Walter Michel (1902-1990) war im Frühjahr 1947 als Vertriebener aus dem Sudetengebiet nach Magdeburg gekommen und hatte dort postalisch das freiwirtschaftliche Periodikum *Die Gefährten – Monatschrift für Erkenntnis und Tat* bezogen.<sup>109</sup>

Nach Denunziation durch eine deutsche NKWD-Agentin kam Michel im Frühjahr 1950 nach Weimar in Untersuchungshaft, während welcher er wegen des Vertriebs illegaler Schriften zu einer 25-jährigen Freiheitsstrafe im Gefängnis Bautzen verurteilt wurde.

Nach seiner vorzeitigen Entlassung im Juli 1956 flüchtete er mit seiner Familie nach Westberlin.<sup>110</sup>

„Der Funke. Eine kleine Flugschrift für nachdenkliche Leute“ (1948).

Werbezettel (Vorder- und Rückseite);

Quelle:

Henning, Markus (2018), S. 58



### 4.3. Das Ende der Freiwirtschaftsbewegung in der SBZ/DDR

Nicht alle Verhaftungen von Anhänger:innen der freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreform in der SBZ zogen derart

<sup>109</sup> Zur Zeitschrift *Die Gefährten* s.o. Kapitel 3.1.3.

<sup>110</sup> Vgl. Hüwe, Josef (1990); Onken, Werner (1997), S. 16.

harte Strafen nach sich wie in den exemplarisch dargestellten Fällen.<sup>111</sup>

Der anhaltende politische Druck jedoch trieb die große Mehrheit der übrigen Freiwirtschaftler:innen entweder zur rechtzeitigen Flucht nach Westdeutschland<sup>112</sup> oder in die unpolitische Privatheit der „inneren Emigration“ zurück.<sup>113</sup>

Abgesehen von der als Geschäftsbetrieb für Obst- und Gemüseverwertung fortbestehenden Eden-Genossenschaft in Oranienburg<sup>114</sup> konnte daher spätestens seit Anfang der 1950er Jahre von der Existenz einer Freiwirtschaftsbewegung auf dem Gebiet der DDR keine Rede mehr sein.<sup>115</sup>

---

<sup>111</sup> So kam beispielsweise der im Juli 1949 verhaftete Erich Wollmann aus Görlitz nach zweiwöchiger Inhaftierung wieder frei. Vgl. Onken, Werner (1997), S. 16.

<sup>112</sup> Zu denjenigen, denen nach rechtzeitiger Warnung die Flucht in den Westen gelang, bevor sie dem NKWD in die Hände fielen, gehörten z.B. Johannes Schumann (1902-1994), Fred Reißig, Herbert K. R. Müller (1902-1973) und Georg Otto. Der ehemalige Mitarbeiter von Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik, Karl Polenske (1881-1949), war bereits vor der Verhaftungswelle der Jahre 1948-1950 nach Süddeutschland geflüchtet. Mitte bis Ende der 1950er Jahre folgten z.B. Margarete Siermann (1893-1986), Ewald Vogt und Ekkehard Lindner (1922-2021). Vgl. Onken, Werner (1997); Otto, Georg (2008), S. 17; Löhr, Dirk / Gude, Jörg / Onken, Werner (2021).

<sup>113</sup> Dies war der Fall z.B. bei Rolf Engert in Dresden, Otto Maaß in Erfurt, Ernst Jürgen Gordan (geb. 1922) in Potsdam oder Eugen Graske und Hugo Luczak in Ostberlin. Vgl. Walker, Karl (1964); Onken, Werner (1997), S. 16; Henning, Markus (2011).

<sup>114</sup> vgl. Onken, Werner (1997a), S. 26 f.; Segert, Astrid / Zierke, Irene (2001), S. 13 f.

<sup>115</sup> Nur von dem freischaffenden Photographen Hans Strung (gest. 1971), einem ehemaligen Mitglied des „Fisiokratischen Kampfbundes (FKB)“, aus dem thüringischen Trusetal, ist ein Weiterwirken als einsamer Einzelkämpfer bekannt. Die unentwegten Briefe an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht mit währungspolitischen Vorschlägen zur Änderung des DDR-Geldwesens im Sinne der Theorien von Silvio Gesell führten am Ende der 1960er Jahre schließlich zu seiner Verhaftung und anschließenden Einweisung in eine Psychiatrie in Hildburghausen. Erst nach einem halben Jahr bekam ihn sein Neffe von dort gegen die Zusage frei, fortan die DDR-Oberen nicht mehr zu belästigen. Vgl. Onken, Werner (1997), S. 16 f.

---

## 5. Fazit und Ausblick

Machtpolitischer Erfolg allein sagt noch gar nichts über die Zukunftsfähigkeit eines gesellschaftlichen Projektes aus.

Der stalinistische Herrschaftsapparat hatte wenig Mühe, mit den freiwirtschaftlichen Bestrebungen im eigenen Machtbereich schnell und gründlich Tabula rasa zu machen.

Eine Antwort auf die von der Freiwirtschaft gestellte Frage nach den Bedingungen einer gerechten wie nachhaltig funktionalen Wirtschaftsverfassung blieb er jedoch genauso schuldig wie der Kapitalismus westlicher Prägung.

Unter dem Eindruck des unmittelbaren Zusammenpralls beider Systeme wurde während der Nachkriegszeit von freiwirtschaftlicher Seite das Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft auf Grundlage einer einschneidenden Geld- und Bodenreform entworfen. Die hierbei formulierten Ansätze zur Theorie eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Staatskommunismus haben nichts von ihrer Aktualität verloren und könnten auch heute noch emanzipatorische Bausteine für vorwärtsgewandte Perspektiven bieten.

Autoritäre Strukturen schotten sich selbst gegen jede Reformierbarkeit ab. Daher kann eine ernsthafte Suche nach wirtschaftspolitischen Alternativen niemals von den Bedingungen individueller und gesellschaftlicher Freiheit abstrahieren.

Mit Blick auf die politischen Verhältnisse im sowjetischen Machtbereich wurde diesem Gedanken von mutig agierenden Freiwirtschaftler:innen im Plädoyer für einen libertären Sozialismus Ausdruck gegeben.

In die gleiche Richtung liefen die strategischen Überlegungen, nicht über eine Teilhabe an der politischen Macht, sondern auf der Basis von Freiwilligkeit der Mitwirkenden und von Gewaltlosigkeit gegenüber Andersdenkenden experimentelle Schritte zu

---

gehen in Richtung auf eine Strukturreform der Boden- und Geldordnung.

Auch in dieser Hinsicht ist die Beschäftigung mit dem Schicksal der Freiwirtschaftsbewegung in der SBZ/DDR von mehr als nur historischem Interesse.

Vor allem lehrt sie uns, dass machtpolitische Bestrebungen konsequent überwunden werden müssen. Die Neugestaltung ökonomischer Beziehungen bedarf einer Kultur der Humanität und Herrschaftskritik, der gegenseitigen Hilfe, der freiwilligen Assoziation, der sozialen Selbstverwaltung und politischen Offenheit.

Rudolf Rocker (1873-1958), bedeutender Anarchist und Analytiker der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, brachte das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine griffige Formel:

*„[...] der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein!“*<sup>116</sup>

*Rudolf Rocker (1873-1953),  
deutscher Anarchist und  
international maßgeblicher  
Theoretiker des  
Anarchosyndikalismus.  
Aufnahme ca. aus  
dem Jahr 1930;  
Quelle: [Wikimedia](#)*



---

<sup>116</sup> Rocker, Rudolf (o.J. [1950]), S. 47 [Hervorhebungen im Original].

---

---

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ASM</b>	Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.
<b>CDU</b>	Christliche Demokratische Union Deutschlands.
<b>DBD</b>	Demokratische Bauernpartei Deutschlands.
<b>DDW</b>	<i>Der 3. Weg. Zeitschrift für natürliche Wirtschaftsordnung. Basis zur demokratischen Vollendung der freien und sozialen Marktwirtschaft</i> , hrsg. v. der Freisozialen Union (FSU), Hamburg.
<b>DDR</b>	Deutsche Demokratische Republik.
<b>DWK</b>	Deutsche Wirtschaftskommission.
<b>FDGB</b>	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund.
<b>FDJ</b>	Freie Deutsche Jugend.
<b>FDP</b>	Freie Demokratische Partei.
<b>FKB</b>	Fisiokratischer Kampfbund.
<b>FPD</b>	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands.
<b>Fregosten</b>	Freie Egoisten.
<b>FSU</b>	Freisoziale Union.
<b>FWB</b>	Freiwirtschaftsbund.
<b>Gestapo</b>	Geheime Staatspolizei.
<b>HO</b>	Staatliche Handelsorganisation.
<b>KPD</b>	Kommunistische Partei Deutschlands.
<b>LDPD</b>	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.
<b>LPG</b>	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.
<b>MfS</b>	Ministerium für Staatssicherheit.
<b>MWD</b>	Ministerium für innere Angelegenheiten (sowjetische politische Geheimpolizei).
<b>N.K.W.D.</b>	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (sowjetische politische Geheimpolizei).
<b>NDPD</b>	Nationaldemokratische Partei Deutschlands.
<b>NSDAP</b>	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
<b>NWO</b>	Die Natürlicher Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld.
<b>RSF</b>	Radikal-Soziale Freiheitspartei.
<b>SAG</b>	Sowjetische Aktiengesellschaften.

---

<b>SBZ</b>	Sowjetische Besatzungszone.
<b>SED</b>	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.
<b>SGGW</b>	Silvio Gesell: <i>Gesammelte Werke</i> , hrsg. v. der Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit, Hamburg. Lektorat: Werner Onken, Lütjenburg: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie.
<b>SKK</b>	Sowjetische Kontrollkommission.
<b>SMAD</b>	Sowjetische Militäradministration.
<b>SPD</b>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
<b>UdSSR</b>	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (amtliche Bezeichnung der Sowjetunion).
<b>VdgB</b>	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.
<b>VEB</b>	Volkseigene Betriebe.
<b>VEG</b>	Volkseigenen Güter.
<b>ZfSÖ</b>	<i>Zeitschrift für Sozialökonomie</i> , hrsg. v. der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (vormals: Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit) in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., Hildesheim (vormals: Lütjenburg): Verlag für Sozialökonomie (vormals: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie). ( <a href="#">ZfSÖ-Online-Archiv</a> ).

## Literatur

- **B., J. [d.i. Baur, Josef] (1948):** *Neues Geld – altes Leid*, in: *Die Gefährten. Monatsschrift für Erkenntnis und Tat*, Heft 21, Lauf bei Nürnberg: Rudolf Zitzmann Verlag, S. 111-117.
  - **Bartsch, Günter (1972):** *Anarchismus in Deutschland. Band 1: 1945-1965*, Hannover: Fackelträger-Verlag.
  - **Bartsch, Günter (1992):** *Stirners Anti-Philosophie & Die revolutionären Fisiokraten. Zwei Essays*, Berlin: Edition Aurora. Verlag Jochen Knoblauch.
-

- 
- **Bartsch, Günter (1994):** *Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1981-1992/93*, Lütjenburg: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie (= *Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung*; 1)
  - **Batz, Richard (1947):** *Der dritte Weg*, in: *Die Gefährten. Monatsschrift für Erkenntnis und Tat*, Heft 17, Lauf bei Nürnberg: Rudolf Zitzmann Verlag, S. 291-296.
  - **Batz, Richard (1948):** *Die Krise der Demokratie*, in: *Die Gefährten. Monatsschrift für Erkenntnis und Tat*, Heft 21, Lauf bei Nürnberg: Rudolf Zitzmann Verlag, S. 199-123.
  - **Bröll, Werner (1974):** *Die Wirtschaft der DDR. Lage und Aussichten*, 3., überarbeitete Aufl., München / Wien: Günter Olzog Verlag (= *Gegenwartsfragen der Ost-Wirtschaft. Schriftenreihe des Osteuropa-Instituts München*, hrsg. v. Hans Raupach u. Werner Gumpel; 6)
  - **Buchheim, Christoph (1997):** *Industriestaat DDR*, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vom 14. März bis 8. Juni 1997*, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 64-75.
  - **Chronik 1945-1984 (1985)**, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *DDR Handbuch. Bd.: 2: M-Z*, 3., überarbeitete u. erweiterte Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 1560-1615.
  - **D., H. [d.i. Noebe, Will] (1976):** *Dokumentation*, Berlin: Telos Verlag (= *Telos Sonderdruck*; 8).
  - **Degen, Hans-Jürgen (1988):** „Wir wollen keine Sklaven sein...“ *Der Aufstand des 17. Juni 1953*, Berlin: Libertad Verlag (= *anarchistische texte*; 34).
  - **Der Neue Bund – Freiheitlich-soziale Vereinigung (Hrsg.) (o.J. [ca. 1952]):** *Programm und Satzung*, Berlin: Selbstverlag.
  - **Deuerlein, Ernst (Hrsg.) (1972):** *DDR 1945-1970. Geschichte und Bestandsaufnahme*, 4. Aufl., München: Deutscher Taschenbuch Verlag (= *dtv dokumente*).
-

- **Engert Rolf (1998):** *Die Freiwirtschaft. Ein praktischer Ausdruck der Stirnerschen Philosophie. Vortrag gehalten am 26. November 76 nach Stirners Einzigem auf dem I. Europäischen Individualisten-Kongreß zu Berlin (1920). Mit einem Anhang: Die neuphysiokratische Bewegung (Geschrieben um 1918/1919)*, Leipzig: Max-Stirner-Archiv (= *STIRNERIANA. Sonderreihe der Zeitschrift „DER EINZIGE“*; 10).
  - **Fricke, Karl Wilhelm (1990):** *Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968. Bericht und Dokumentation*, 2. Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
  - **Gesell, Silvio (1920/1991):** *Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, 4. Aufl., 2. unveränderter Nachdruck, in: *SGGW. Bd. 11 – 1920*, S. XIII-390.
  - **Gesell, Silvio (1927/1995):** *Der abgebaute Staat. Leben und Treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk*, in: *SGGW. Bd. 16 – 1926/1927*, S. 252-346.
  - **Helwig, Gisela (1995):** *Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR. Halle-Forum II*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Jg. 28 / Heft 8, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 857-859.
  - **Henning, Markus (2011):** *Telefongespräch mit Ernst Jürgen Gordan in Potsdam am 6.12.2011*, Gedächtnisprotokoll.
  - **Henning, Markus (2018):** *Josef Hüwe (1938-2012) Nachlasskatalog. Mit Einleitungstexten von Barbara Kreyser, Markus Henning und Josef Hüwe*, hrsg. v. Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning, Frankfurt am Main: Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft ([online](#)).
  - **Henning, Markus (2022):** *Zum Verhältnis von Anarchismus und Freiwirtschaft*, Frankfurt am Main: Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft (= *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie*, hrsg. v. Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning; 1), eBook ([online](#)).
  - **Henning, Markus (2022a):** *Rolf Engert und seine Stirner-Forschung. Ein Vortrag*, Frankfurt am Main: Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft (= *Textsammlung zu Freiwirtschaft und libertärer Ökonomie*, hrsg. v. Ulrike Henning-Hellmich und Markus Henning; 3), eBook ([online](#)).
-

- 
- **Herbst, Ludolf (1997):** *Von der NS-Kriegswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft und zur zentralen Planwirtschaft*, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vom 14. März bis 8. Juni 1997*, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 15-29.
  - **Hoffmann, Dierk / Schmidt, Karl-Heinz / Skyba, Peter (Hrsg.) (1993):** *Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961*, München: Piper (= *Serie Piper Dokumentation*, hrsg. v. Peter Longerich; 1799).
  - **Hohmann, Karl (1985):** *Agrarpolitik*, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *DDR Handbuch. Bd.: 1: A-L*, 3., überarbeitete u. erweiterte Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 13-21.
  - **Hüwe, Josef (1990):** *Walter Michel †*, in: *DDW*, Jg. 21 / Nr. 5, S. 30.
  - **Huster, Ernst-Ulrich / Kraiker, Gerhard / Scherer, Burkhard / Schlotmann, Friedrich-Karl / Welteke, Marianne (1972):** *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (= *edition suhrkamp*; 575).
  - **Keiderling, Gerhard (Hrsg.) (1993):** *„Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard, Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz (= *Politische Dokumente*, 13).
  - **Kilian, Achim (1993):** *Die „Mühlberg-Akten“ im Zusammenhang mit dem System der Speziallager des NKWD der UdSSR*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, Jg. 26 / Heft 10, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 1138-1158.
  - **Kleine, Hannelore [d.i. Große, Susanne] (o.J. [ca. 1957 oder 1958]):** *Acht Jahre in sowjetzonalen Zuchthäusern*, Hamburg: Freisoziale Union-FSU.
-

- **Kluge, Ulrich (1997):** *Landwirtschaft zwischen Bäuerlichkeit und Kollektivierung*, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vom 14. März bis 8. Juni 1997*, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 78-91.
  - **König, Martin (1996):** *Die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung vor und nach 1989*, in: *ZfSÖ*, Jg. 33 / 110. Folge, S. 19-31.
  - **Koop, Volker (2003):** *Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit*, Berlin: Siedler Verlag.
  - **Leptin, Gert (1980):** *Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich).
  - **Löhr, Dirk / Gude, Jörg / Onken, Werner (2021):** *Ekkehard Lindner – \*27.11.1922 in Rauscha (Rusów) östlich von Görlitz – †4.3.2021 in Moringen bei Göttingen*, in: *ZfSÖ online*, Jg. 58 / Personalie ([online](#)).
  - **Ludz, Peter Christian / Ludz, Ursula (1985):** *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)*, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *DDR Handbuch. Band 2: M-Z*, 3., überarbeitete u. erweiterte Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 1160-1189.
  - **Matz-Donath, Annerose (1995):** *Wege nach Hoheneck. Frauen vor Sowjetischen Militärtribunalen*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinte Deutschland*, Jg. 28, Heft 5, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 466-480.
  - **Merz, Hans-Georg (1991):** *Bodenreform in der SBZ. Ein Bericht aus dem Jahre 1946*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinte Deutschland*, Jg. 24 / Heft 11, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 1159-1170.
  - **Noebe, Will (1959):** *Wie es wirklich war. Siebeneinhalb Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D in Ostdeutschland und Sibirien*, Berlin: Telos Verlag.
  - **Noebe, Will (1972):** *Kontakte und Berichte*, in: *Telos (Das Ziel). Die Welt von morgen. Kultur – Gesellschaft – Forschung*, Jg. 49 / Heft 7-8, Berlin: Telos Verlag Dr. Will Noebe, S. 252-255.
-

- 
- **Onken, Werner (1995):** *Silvio Gesells kritische Distanz zum Rechts-  
extremismus in der Weimarer Republik*, in: *ZfSÖ*, Jg. 32 / 106. Folge,  
S. 2-17.
  - **Onken, Werner (1997):** *Natürliche Wirtschaftsordnung unter kom-  
munistischer Herrschaft und nach der Wende von 1989*, Lütjenburg:  
Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie.
  - **Onken, Werner (1997a):** *Modellversuche mit sozialpflichtigem Bo-  
den und Geld*, Lütjenburg: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialöko-  
nomie.
  - **Onken, Werner / Bartsch, Günter (1997):** *Natürliche Wirtschafts-  
ordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand*, Lüt-  
jenburg: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie.
  - **Otto, Georg (2008):** *Politische Jugend in Großenhain unter'm Ha-  
kenkreuz und unter Hammer und Sichel*, in: *Alternativen. Zeitschrift  
für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie  
Gesellschaft*, Nr. 65, Eberholzen: Bürgerinitiative A3W-Alternative  
Dritter Weg, S. 14-17.
  - **Richter, Michael (1991):** *1945-1949: Sowjetische Besatzungszone  
Deutschlands (SBZ)*, in: Bundeszentrale für politische Bildung  
(Hrsg.): *Geschichte der DDR*, München: Franzis-Verlag, S. 2-9 (= *Informa-  
tionen zur politischen Bildung*; 231).
  - **Richter, Michael (1991a):** *1949-1961: Der „Aufbau des Sozialis-  
mus“ in der DDR*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):  
*Geschichte der DDR*, München: Franzis-Verlag, S. 10-18 (= *Informa-  
tionen zur politischen Bildung*; 231).
  - **Rocker, Rudolf (o.J. [1950]):** *Absolutistische Gedankengänge im  
Sozialismus*, Darmstadt: Verlag Die Freie Gesellschaft.
  - **Roesler, Jörg (1993):** *Demontagen und Deindustrialisierung. Die  
beiden Existenzkrisen der ostdeutschen Wirtschaft im 20. Jahrhun-  
dert (Teil 1)*, in: *Marxistische Blätter*, Jg. 31 / Heft 5, Essen: Neue Im-  
pulse Verlag, S. 46-51.
  - **Roesler, Jörg (1993a):** *Demontagen und Deindustrialisierung. Die  
beiden Existenzkrisen der ostdeutschen Wirtschaft im 20. Jahrhun-  
dert (Teil 2)*, in: *Marxistische Blätter*, Jg. 31 / Heft 6, Essen: Neue Im-  
pulse Verlag, S. 63-71.
-

- **Rüegg, Adolf (1946):** *Was ist der Staat?*, in: *Die Gefährten. Monatschrift für Erkenntnis und Tat*, Heft 5, Lauf bei Nürnberg: Rudolf Zitzmann Verlag, S. 222-224.
  - **Rytlewski, Ralf (1985):** *Planung*, in: in: Bundesministerium für in-nerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *DDR Handbuch. Band 2: M-Z*, 3., überarbeitete u. erweiterte Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 986-1004.
  - **Segert, Astrid / Zierke, Irene (2001):** *Auf der Suche nach Eden. Die lebensreformerische Genossenschaft Eden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Münster / New York / München / Berlin: Waxmann (= *Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt*, hrsg. v. Günter Bayerl; 16).
  - **Senft, Gerhard (1990):** *Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft*, Berlin: Libertad Verlag (= *Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte*, hrsg. v. Jochen Schmück; 3).
  - **Senft, Gerhard (1997):** *Aufbruch in das gelobte Land. Die Ursprünge der Kibbutz-Wirtschaft*, Wien: Verlag Monte Verita (= *Edition Wilde Mischung. Vernünftige Texte in schwarzen Heften*, hrsg. v. Arno Maierbrugger, Adi Rasworschegg, Gerhard Senft u. Peter Stipkovics; 15).
  - **Staritz, Dietrich (1996):** *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (= *Neue Historische Bibliothek*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler).
  - **Thalheim, Karl C. / Haendcke-Hoppe, Maria (1991):** *Das Handwerk in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost)*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereingte Deutschland*, Jg. 24 / Heft 11, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 1186-1192.
  - **Thurich, Eckart (1991):** *Der Weg zur Einheit*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit*, München: Franzis-Verlag (= *Informationen zur politischen Bildung*; 233), S. 30-41.
  - **Thurich, Eckart (1991a):** *Die Sieger in Deutschland*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Die Teilung Deutschlands 1945-1955*, München: Franzis-Verlag (= *Informationen zur politischen Bildung*; 232), S. 6-18.
-

- 
- **W.A.G [d.i. Noebe, Will] (1958):** *Die individualsozialistische Bewegung in Ostdeutschland*, in: *Telos (Das Ziel). Die Welt von morgen. Kultur – Gesellschaft – Forschung*, Jg. 34 / Heft 8, Berlin: Telos Verlag Dr. Will Noebe, S. 264-266.
  - **Walker, Karl (1947):** *Demokratie und Menschenrechte*, 2. Aufl., Lauf bei Nürnberg (Rudolf Zitzmann Verlag).
  - **Walker, Karl (1964):** *Nachruf auf Otto Maaß*, in: *Telos (Das Ziel). Die Welt von morgen. Kultur – Gesellschaft – Forschung*, Jg. 40 / Heft 4, Berlin: Telos Verlag Dr. Will Noebe, S. 125.
  - **Weber, Hermann (1993):** *Die DDR 1945-1990*, 2. überarbeitete u. erweiterte Aufl., München: R. Oldenbourg Verlag (= *Oldenbourg Grundriss der Geschichte*, hrsg. v. Jochen Bleicken, Lothar Gall u. Hermann Jakobs; 20).
  - **Weber, Hermann (1997):** *Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone*, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vom 14. März bis 8. Juni 1997*, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 32 – 45.
  - **Weimer, Wolfram (1998):** *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
  - **Winkler, Ernst (1980):** *Freiheit – oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“. Eine Denkschrift für Otto Lautenbach*, Bad Boll / Eckwälden: Seminar für freiheitliche Ordnung.
  - **Wörl, Volker (1997):** *Der zentrale Plan – Fessel für die Freiheit*, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vom 14. März bis 8. Juni 1997*, Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 186-193.
  - **Wolf, Siegbert (1995):** *Silvio Gesell. Eine Einführung in Leben und Werk eines bedeutenden Sozialreformers*, 3. Aufl., Lütjenburg: Gauke Verlag. Fachverlag für Sozialökonomie (= *Sozialökonomische Arbeitstexte*; 2).
-

- **Zimmermann, Werner 1946):** *Sozialismus in Freiheit*, Lauf bei Nürnberg und Thielle (Schweiz): Rudolf Zitzmann Verlag.

## Abbildungsverzeichnis

<b>Vordere Umschlagsseite</b>	Lisboa #14, 2013 (Quelle: <a href="#">Flickr</a> , <a href="#">Thomas Leuthard</a> ; Angaben zu <a href="#">Lizenz</a> ).
<b>Seite 11</b>	Silvio Gesell (1862-1930), der Begründer der Freiwirtschaftslehre. Aufnahme aus dem Jahr 1895; Quelle: <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 24</b>	Genehmigung der „Sowjetischen Militäradministration (SMAD)“ über die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes für die Firma WUMAG in Görlitz, 18.11.1945; Quelle: <a href="#">Maschinenbau Görlitz</a> , <a href="#">Firmenchronik</a> / <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 28</b>	Offizieller Demonstrationszug während der ersten Bodenreformphase in der SBZ: Aufteilung des ehemaligen „Königlichen Rittergutes Helfenberg“ bei Dresden; Quelle: <a href="#">Bundesarchiv</a> / <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 30</b>	26. Januar 1953: Eintritt einer Bäuerin in die „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Blochwitz“ im Kreis Grossenhain (Sachsen); Quelle: <a href="#">Bundesarchiv</a> , Bild 183-18079-002 / CC-BY-SA-3.0 / <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 31</b>	Urkunde über die Enteignung von Geschäfts- und Privateigentum in Plauen (Sachsen), Mai 1949; Quelle: <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 33</b>	Leipzig im Juni 1948, Bekanntmachung zur Währungsreform in der SBZ: Ersetzung der Reichsmark durch die Deutsche Mark (Ost); Quelle: <a href="#">Deutsche Fotothek</a> / <a href="#">Wikimedia</a> .
<b>Seite 41</b>	Karl Walker (1904-1975), freiwirtschaftlicher Publizist und Organisator. Aufnahme aus dem Jahr 1975; Quelle: <a href="#">Wikimedia</a> .

---

- Seite 45** Will Noebe (1899-1986), freiwirtschaftlicher Publizist, Verleger und Organisator. Aufnahme aus dem Jahr 1961 – Bildausschnitt; Quelle: Henning, Markus (2018), S.10.
- Seite 52** Die ehemalige Frauenhaftanstalt Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge (Sachsen). Aufnahme aus dem Jahr 2012; Quelle: [Wikimedia](#).
- Seite 53** „Der Funke. Eine kleine Flugschrift für nachdenkliche Leute“ (1948). Werbezettel (Vorder- und Rückseite); Quelle: Henning, Markus (2018), S. 58
- Seite 56** Rudolf Rocker (1873-1953), deutscher Anarchist und international maßgeblicher Theoretiker des Anarchosyndikalismus. Aufnahme ca. aus dem Jahr 1930; Quelle: [Wikimedia](#).
- Seite 67** Will Noebe: *Um die Güter der Erde*, Lauf bei Nürnberg: Rudolf Zitzmann Verlag, 1960; Vordere Umschlagsseite.



Rudolf Zitzmann Verlag,  
Lauf bei Nürnberg 1960;  
Vordere Umschlagsseite



# AG Freiwirtschaft

---



---

AG Freiwirtschaft  
eBook: Ökonomie Band IV / 2022

---